Nummer 3 — Stuttgart, 21. Januar 1911 — 29. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 480000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bei allen Stabeisenverdingungen der Eisenbahnverwaltungen in den letzten Wochen ergaben sich Preisunterbietungen von Händlerfirmen, so daß diese Vorkommnisse nicht mehr als harmlose Zufälle angesehen werden können. Als im Dezember bei der Submission der Kölner Eisenbahndirektion die der Stabeisenkonvention angehörenden Eisenwerke in ihren Offerten zuerst von Händlern unterboten wurden, nahm man an, es handele sich hier um die „Syndikatsmogelei" eines Mitgliedes der Konvention, deren jetzt geltender Vertrag am 31. März 1911 abläuft. Zu der am 5. Januar stattgefundenen Submission in Hannover hatten sich nun die Werksverwaltungen noch ehrenwörtlich verpflichten müssen, die Bedingungen des Verbandes einzuhalten. Sie forderten auch ihren Vereinbarungen entsprechend Preise von 110 bis 112 M. für die Tonne, aber diese Angebote fielen aus, denn eine Kölner Eisenhändlerfirma stellte eine Forderung von nur 103,70 M. für die Tonne Stabeisen. Allerdings ist bei diesem Preise zu berücksichtigen, daß er sich durch einen Frachtzuschlag noch erhöht, während die Gebote der Stabeisenwerke die Fracht bereits einschließen. Nichtsdestoweniger haben diese Ergebnisse außerordentliches Aufsehen erregt, wie man zugeben muß, mit Recht, denn sie lassen eine bedenkliche Unklarheit der Situation des Eisenmarktes erkennen. Da gewiß zu sein scheint, daß hinter den unterbietenden Händlern keine Eisenwerke stehen, so bleibt nur wahrscheinlich, daß bedeutende Handelsfirmen mit einer Ermäßigung der Stabeisenpreise im Frühjahr rechnen, oder noch größere Vorräte besitzen, die sie jetzt zu billigeren Preisen abzugeben für zweckmäßig halten. Welcher der beiden Fälle auch vorliegen mag, er beweist, daß der Handel kein übermäßiges Vertrauen zu der Konjunkturentwicklung hat. Gewiß darf man daraus nicht ohne weiteres allgemeine Schlüsse ziehen, doch es wäre ein ungesunder Optimismus, wenn man sich der Erkenntnis verschließen wollte, daß die in weiten Kreisen gehegten Erwartungen auf eine allgemeine Hochkonjunktur vielfach der Berechtigung entbehren.

Als Zeichen für eine günstige Lage des Roheisenmarktes ist von vielen Handelsblättern in den letzten Tagen auf Auslandsverkäufe des Roheisenverbandes hingewiesen worden. Es wurde mitgeteilt, daß der Roheisenverband in der ersten Januarwoche über 59 000 Tonnen Roheisen zur Lieferung bis Jahresschluß nach dem Auslande verkaufen konnte. Diese Zahl kann leicht überschätzt werden, wenn man die Gestaltung der Roheisenproduktion während des Jahres 1910 übersieht. Jetzt liegen die Produktionszahlen über die Roheisenerzeugung Deutschlands auch für den Dezember 1910 vor, die Statistik ergibt, daß im ganzen Jahr 1910 die Roheisenproduktion 14 793 325 Tonnen beträgt gegen 12 918 787 Tonnen im Vorjahr und 13 045 760 Tonnen im Jahre 1907, das bisher die größte Roheisenproduktion gebracht hatte. Daß der Konsum sich dieser so starken Produktionserhöhung noch nicht anzupassen in der Lage war, steht fest, es will also wenig bedeuten, wenn von dem enormen Produktionsüberschuß in durchaus nicht ungewöhnlicher Weise 50 oder 60 000 Tonnen nach dem Auslande verkauft werden.

Auch der Börse hat sich eine Mißstimmung bemächtigt, die trotz aller Bemühungen starker Spekulantengruppen nicht weicht. In unserem Jahresrückblick hatten wir darauf hingewiesen, daß die Spekulation die ersten Anzeichen einer gewerblichen Besserung mit erheblichen Kurssteigerungen begrüßt hat, mit in erster Reihe erfolgten die stärksten Kurserhöhungen in Aktien von Montangesellschaften. Jetzt hat sich wieder am stärksten das Kursniveau der Montanaktien gesenkt, Schwarzseher betrachten das als Beginn eines Stimmungsumschwungs der Spekulation, die bekanntlich wirtschaftlichen Ereignissen zumeist mit Meilenstiefeln vorauszueilen pflegt. Dagegen besteht ein unvermindertes Interesse für die Aktien der großen Elektrizitätsgesellschaften, unter denen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft auf die Erteilung besonders großer Aufträge aus der Durchführung von Untergrundbahnprojekten der Stadt Berlin rechnet. In der Generalversammlung der Siemens & Halske Aktiengesellschaft wurde gleichfalls mitgeteilt, daß im laufenden Geschäftsjahr eine sehr gute Zunahme der Aufträge festzustellen sei, bei den Siemens-Schuckert-Werken wurde der Eingang der Bestellungen als außergewöhnlich stark bezeichnet. Letzthin wurde auch berichtet, daß die rumänische Regierung der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft die Ausführung des neuen Telephonamtes in Bukarest für 4000 Teilnehmer (erster Ausbau 6000) nach scharfer Konkurrenz gegen europäische und amerikanische Firmen übertragen hat. Das alte zu ersetzende Amt war amerikanischen Systems.

Auf dem Gebiete der Telephonie sind noch andere Bestellungen größeren Umfanges vergeben worden, so unter anderm an die Telephonfabrik Aktiengesellschaft, vormals J. Berliner, deren Zweigniederlassung in Wien auch über Arbeiten für die Umgestaltung des Wiener Telephonnetzes verhandelt, die mit anderen in Aussicht stehenden Lieferungen für verschiedene Heeresverwaltungen nach Angaben der Gesellschaft zusammen einen Wert bis etwa 3 Millionen Mark repräsentieren würden. Noch sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen, ihr Zustandekommen wird jedoch für die nächste Zeit als wahrscheinlich bezeichnet. Im Zusammenhang hiermit sei der Abschluß der Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken, vormals Vogel, Aktiengesellschaft Berlin erwähnt. Der Reingewinn wird mit 121 000 M. gegenüber 41 000 M. im Vorjahre festgestellt, die Dividende steigt von 2 auf 7 Prozent. Der Geschäftsbericht sagt, daß die Steigerung des Umsatzes während des ganzen Jahres angedauert hat und daß die im vorigen Jahre eingestellten patentierten Maschinen vorteilhaft gearbeitet haben. Im neuen Geschäftsjahre seien die Umsätze weiter gestiegen, so daß die volle Beschäftigung für Monate gesichert ist.

Die Lage des Schiffbaues in Kiel wird in dem Bericht der Handelskammer zu Kiel für das Jahr 1910 folgendermaßen charakterisiert: Der Schiffbau hat, nachdem die Eiderwerft in Tönning ihren Betrieb einstellte, seine Hauptvertretung (innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein) an der Kieler Förde, wo bedeutende Etablissements (die Howaldtswerke Aktiengesellschaft, die Kruppsche Germania-Werft und die Kaiserliche Werft) eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen. Die Lage im Schiffsbaugewerbe ist, wenn auch nicht günstig zu nennen, im allgemeinen etwas besser als im Vorjahre, da Aufträge für den Bau von Handelsschiffen hauptsächlich von auswärtigen Reedereien wieder eingegangen sind. Die ganze Schiffsbauindustrie hat seit Jahren daniedergelegen, und es ist notwendig gewesen, Aufträge für geringe Preise anzunehmen. Auch die Beschäftigung der Werften im stationären Maschinenbau brachte bei den gedrückten Preisen keinen genügenden Ausgleich; dagegen bietet der Bau von Kriegsschiffen, mit dem die hiesigen großen Werften beschäftigt sind, einen Ersatz. Die Beschäftigung der Docks war befriedigend. — Ueber die Lage des Schiffbaues in Großbritannien gibt eine Zusammenstellung des Lloyds Register of Shipping einigen Aufschluß. Danach waren bei Jahresschluß 363 Schiffe mit einer Tonnage von 1 131 503 Bruttoregistertons im Bau. Darunter befanden sich 328 Dampfschiffe mit 1 124 032 Tons und 35 Segelschiffe mit 7471 Tons. Vergleichen mit den entsprechenden Vorjahrszahlen lassen diese Daten eine nicht unerhebliche Besserung erkennen, denn gegen Schluß des Vorjahres waren nur 331 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 913 374 Tons im Bau. Dagegen zeigt sich im Vergleich mit dem bei Schluß des unmittelbar vorausgegangenen Quartals bei den Werften in Angriff genommenen Bestande an Orders ein leichter Rückgang, da sich dieser auf zusammen 368 Schiffe mit 1 154 197 Tons gestellt hatte.

Auf stärkere Bestellungen von Schienen, Lokomotiven und Waggons durch die preußische Eisenbahnverwaltung wird in Interessentenkreisen gerechnet, nachdem in der Thronrede an den preußischen Landtag angekündigt worden ist, daß zur Erweiterung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie zur Unterstützung von Kleinbahnunternehmungen wiederum erhebliche Mittel angefordert werden würden. — Die Waggonfabrik Busch weist für das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 1,068 Millionen gegen 1,086 Millionen Mark im Vorjahre auf. Nach Abschreibungen von 124 869 M. gegen 105 501 M. im Vorjahre beträgt der Ueberschuß 517 987 M. gegen 564 878 M. im Vorjahre. Die Dividende gelangt auf die Vorzugsaktien in Höhe von 12 Prozent (im Vorjahre 14 Prozent), auf die Stammaktien von 7 Prozent (im Vorjahre 9 Prozent) zur Verteilung. In dem Geschäftsbericht führt die Verwaltung unter anderm aus: „Unsere Neu- und Ergänzungsbauten sind nunmehr soweit gefördert, daß wir einen Teil im Anfang des Geschäftsjahres 1910/11 bereits vollständig in Betrieb nehmen konnten. Den Rest unseres Bauprogramms hoffen wir bis Ende des neuen Geschäftsjahres durchführen zu können, obwohl wir es umfangreicher, als ursprünglich beabsichtigt, gestalten mußten, um den erhöhten, an unsere Leistungsfähigkeit gestellten Ansprüchen genügen zu können. Infolge des Ausbaues unserer Bautzener Anlagen haben wir unsere ursprüngliche Absicht, die Anlage in Hamburg weiter auszudehnen, aufgegeben; wir nehmen im Interesse der Zentralisierung in Aussicht, den eigenen Betrieb in Hamburg einzustellen und unseren dortigen Besitz anderweitig zu verwerten. Um einer sich hierbei etwa ergebenden Wertverminderung begegnen zu können, erhöhen wir die von uns für das Berichtsjahr in Aussicht genommene Dotierung des außerordentlichen Reservefonds mit 60 000 M. um weitere 50 000 M., so daß wir demselben zusammen 110 000 M. zuführen." Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres teilt die Verwaltung mit, der derzeitige Bestand an Aufträgen im Waggonbau sichere der Hauptverwaltung volle Beschäftigung für das Jahr 1911.

Den Abschluß für das erste Geschäftsjahr hat kürzlich die „Ica" Aktiengesellschaft in Dresden, der sogenannte Camera-Trust, veröffentlicht. Seit Ende 1909 sind bekanntlich die Betriebe der früheren Hüttig & Wünsche-Aktiengesellschaft sowie die Cameraabteilungen von Karl Zeiß in Jena und Dr. R. Krügener in Frankfurt a. M. vereinigt. Da bei dem Trust das Geschäftsjahr von Oktober zu Oktober gerechnet wird, so umfaßt das erste Geschäftsjahr nur neun Monate, für die eine Dividende von 5 Prozent, das wären $6^2/_3$ Prozent für ein volles Geschäftsjahr, an die Aktionäre verteilt wird. Im Verwaltungsbericht wird hervorgehoben, daß sich die Erwartungen erfüllt hätten, das Geschäft habe sich in der vorausgesehenen Weise günstig entwickelt. Die zum Verkauf gestellten Grundstücke des früheren Wünscheschen Fabrikets lissements konnten noch nicht abgestoßen werden, doch schweben zurzeit hierüber Verhandlungen. Im laufenden Jahre würden sich durch Vereinheitlichung in der Fabrikation, die sich bisher wegen der vorhandenen Bestände, Modelle 2c. noch nicht in genügender Weise durchführen ließ, weitere wesentliche Vorteile erzielen lassen, die Verwaltung hegt deshalb die besten Hoffnungen für die Zukunft.

Mit glänzenden Abschlußzahlen kann die Bielefelder Maschinenfabrik, vormals Dürkopp, hervortreten. Der Reingewinn in dem abgelaufenen Geschäftsjahre beträgt einschließlich 22 159 M. Vortrag aus dem Vorjahre 1,16 Millionen Mark gegen 878 925 M. im Vorjahre. Es gelangt eine Dividende von 28 Prozent gegen 23 Prozent im Vorjahre zur Verteilung. Aus dem Reingewinn erfolgt auch eine Rückstellung für Neuaufwendungen im Betrage von 200 000 M. gegen 100 000 M. im Vorjahre, diese Rückstellung hält der Vorstand für erforderlich, da für die beabsichtigten Betriebserweiterungen bedeutende Barmittel notwendig sind. Das Berichtsjahr brachte eine wesentliche Umsatzsteigerung in sämtlichen Abteilungen des Betriebes. Dem flotteren Geschäftsgang entsprechend ist auch das allgemeine Gewinnresultat ein besseres geworden; auch hat das Grazer Unternehmen einen günstigeren Ertrag als pro 1908/09 zu verzeichnen, doch wird dies erst dem neuen Geschäftsjahre zugute kommen. Die im Vorjahre aus dem Gewinn zurückgestellten 100 000 M. für Neuaufwendungen sind an den diesjährigen Zugängen von zusammen 373 779 M. vorweg abgeschrieben worden, so daß auf dem Bilanzkonto nur noch 273 779 M. als Zugang figurieren. Nach Abzug der Abgänge von 9904 M. und den Abschreibungen von 193 875 M. (im Vorjahre 168 091 M.) stehen die sämtlichen Anlagekonten nach mit 1 125 005 M. zu Buch, gegen 1 055 005 M. im Vorjahre. — Zu einer Erweiterung schreitet die Bielefelder Maschinenfabrik, vormals Dürkopp durch den Erwerb der Berliner Motorwagenfabrik G. m. b. H. zu Berlin-Reinickendorf.

Auch im neuen Jahre werden die Fusionsbestrebungen sehr nachhaltig betätigt. So trat der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die zum Besitz der Familie Hantel gehört, als Kommanditist in das Drahtwalzwerk Boecker & Co. in Gelsenkirchen ein, zwischen beiden Unternehmungen wurde ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen, der wohl nur als Vorbereitung einer gänzlichen Fusion zu gelten hat. — Von der Aktiengesellschaft für Verzinkerei und Eisenkonstruktion, vormals Jakob Hilgers in Rheinbrohl ist eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,725 Millionen auf 2,30 Millionen Mark beantragt worden, und zwar sollen die neuen Mittel zur Uebernahme der Aktiengesellschaft für Brückenbau, Tiefbohrung und Eisenkonstruktion in Neuwied verwandt werden. Das Neuwieder Unternehmen besteht seit dem Jahre 1899, die Aktiengesellschaft Hilgers wurde 1888 gegründet, im Jahre 1900 mußte sie einer Sanierung unterworfen werden, seit 1906 zahlt sie eine regelmäßige Dividende von 12 Prozent. — Beschlossen wurde in diesen Tagen die schon vor einiger Zeit beantragte Fusion der Vereinigten Kammerichschen Werke in Berlin und Bielefeld mit der Brückenbauanstalt und Fabrik für Eisenkonstruktion E. Velter & Schneevogel in Berlin.

Erneuert wurde letzthin auf die Dauer von zwei Jahren das Schiffsbaustahlkontor. Dieses Syndikat betreibt den Verkauf und die Lieferung von Material für den Bau von Seeschiffen, besonders von Platten und Profilstahl. Zuerst wurde es im Jahre 1905 gegründet, die Regierung unterstützte es auf jede Weise und gab ihm bedeutende Aufträge. Im Jahre 1907 kündigte Thyssen die Zugehörigkeit seiner Firma zum Schiffsbaustahlkontor, späterhin blieb er jedoch im Syndikat, das durch den Anschluß oberschlesischer Werke noch gestärkt wurde. Im Januar 1908 traten dem Schiffsbaustahlkontor drei bisher außenstehende Werke bei, im März desselben Jahres vollzog auch die Bremer Hütte ihren Anschluß, so daß bis auf ein kleines Siegerländer Werk alle Schiffsbauartikel herstellenden Werke dem Kontor angehörten. Bei der Vertragserneuerung im Jahre 1909 traten aus dem Kontor das Gußstahlwerk Witten, die Firma Henschel & Sohn und die Stahl- und Walzwerke Rendsburg aus, aber auch sie traten bereits im Jahre 1910 ihm wieder bei. Für die nächsten zwei Jahre sind die an der Produktion von Schiffbaumaterial beteiligten Werke nunmehr lückenlos kartelliert. — Eine Neugründung ist die Ausfuhrvereinigung deutscher Verzinkereien, G. m. b. H. in Köln. Diese Syndikatsorganisation hat ihren Sitz in Köln, als ihre Aufgabe wird die wirtschaftliche Hebung und einheitliche Gestaltung der Ausfuhr verzinkter Bleche bezeichnet. Gesellschafter sind: Althaus, Pletsch & Co., Attendorn, Eichener Walzwerk und Verzinkerei, A.-G., Creuzthal i. W., Thyssen & Co., Mülheim a. d. Ruhr, und Wolf, Netter & Jacobi, Berlin und Straßburg.

Moabit.

Dieses Wort löst nicht nur in Deutschland, sondern auch überall in der ganzen Welt, wo man für den Fortschritt der Kultur eintritt, bittere Gefühle aus. In dem Berliner Stadtteil, der diesen Namen führt, trugen sich an mehreren Abenden im September vorigen Jahres Ereignisse zu, die zeigten, daß es noch Teile des deutschen Volkes gibt, wo eine entsetzliche Roheit zu Hause ist. Die, bei denen diese Roheit zutage trat, gehörten zu ihrem geringen Teile der Berliner Bevölkerung an, zu ihrem größeren Teile jedoch derjenigen Körperschaft, deren Hauptaufgabe es ist, Roheiten zu verhüten oder doch unschädlich zu machen, nämlich der Berliner Polizei. In Moabit befindet sich die Kohlenhandlung von Kupfer & Co. Diese Firma ist jedoch nicht selbständig, sondern sie ist — wie es bei der modernen kapitalistischen Entwicklung vielfach der Fall ist — abhängig von der Kapitalistengruppe, die man im Rheinland als den „Stinnes-Konzern" bezeichnet. Die Firma hatte die Aufgabe erhalten, vom Berliner Markte die schlesischen Kohlen zu verdrängen, um ihn für die rheinischen Kohlen freizumachen. Solche Manöver sind bekanntlich nichts seltenes und man weiß, wieviel Geld oftmals dabei draufgeht. Es wird der Firma zur Durchführung dieser Konkurrenzmanöver ohne Zweifel nicht an Geld gefehlt haben; es war aber angeblich kein Geld vorhanden, um den Arbeitern der Firma den Stundenlohn um einige lumpige Pfennige zu erhöhen. Die Arbeiter verdienten täglich 4,30 M., was nach Ansicht mancher

Leute, die selber mehr verbrauchen, ja ausreichen soll, um selbst in einer Stadt wie Berlin ein Schlemmerleben zu führen. Anders dachten aber die Arbeiter, und als die Firma die Forderung schroff abwies, kam es zum Streik. Streiks von der Art, wie dieser, kommen in Berlin täglich vor und kein Mensch pflegt sich sonderlich darum aufzuregen. Nicht nur die Vertreter des Transportarbeiterverbandes wies die Firma zurück, sondern auch die des Gewerbegerichts und des Magistrats und stellte sich damit auf einen so schroffen Scharfmacherstandpunkt, wie man ihn bei Berliner Unternehmern glücklicherweise nur äußerst selten findet. Statt dessen suchte sie ihr Heil bei Streikbrechern, obgleich diese ihr, wie gewöhnlich, viel mehr Geld kosteten als die geringfügige Lohnerhöhung ausgemacht hätte. Sie war dabei an den Streikbrecheragenten Friedrich Hintze geraten, einen jungen, noch nicht militärfreien Menschen, der aber in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines „Wirkens" eine Berühmtheit erlangt hat, um die ihn niemand zu beneiden braucht. Dieser Mensch hat einem Berichterstatter der Berliner Morgenpost, nach deren Nummer vom 4. Oktober 1910, Enthüllungen über seine „nützliche Tätigkeit" gemacht, die an zynischer Brutalität alles übertreffen, was bisher in die Oeffentlichkeit kam. Die Mitteilungen der Berliner Morgenpost mußten trotz allem, was man schon kennen gelernt hat, unglaublich erscheinen; sie blieben jedoch unberichtigt und Hintze wird schon so gesprochen haben. Wenn von seinen Reden auch etliches als Aufschneiderei erscheint, so bleibt immer noch genügend übrig, um deutlich zu zeigen, daß es dieser Sorte von gewerbsmäßigen Streikbrechern keineswegs um ehrliche Arbeit (wie gewisse Scharfmacher und Staatsanwälte sagen) zu tun ist, sondern nur um ein nach ihren Begriffen angenehmes Leben und um ungestrafte Befriedigung ihrer brutalen Instinkte.

Unter solchen Umständen kam es, wie man es leider nicht anders erwarten durfte. In den letzten Tagen des September ereigneten sich Zusammenstöße, die infolge des — ganz gelinde gesagt — völlig ungeeigneten Benehmens von Polizeibeamten den Charakter von schweren Krawallen annahmen. Wir können hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen, so sehr auch manche von ihnen dringend erforderten, daß sie ebenfalls an dieser Stelle vor dem Vergessenwerden bewahrt würden. Zweifellos ist bei dieser Gelegenheit auch auf der andern Seite verschiedenes vorgekommen, was besser unterblieben wäre. Wer bei solchen Gelegenheiten aber Ausschreitungen begeht, trägt seine eigene Haut zu Markte und wird, wenn man ihn erwischt, regelmäßig viel schwerer bestraft, als wenn er seine Tat bei anderer Gelegenheit verübt hätte. Was soll man aber von Elementen sagen, die ihren bestialischen Instinkten freien Lauf lassen dürfen, seien sie nun Streikbrecher, Lockspitzel oder — Polizeibeamte! Nicht nur untergeordnete Polizeiorgane haben Ausschreitungen begangen, sondern selbst Polizeioffiziere haben sich bei dieser Gelegenheit in einer Weise benommen, die die schärfste Kritik herausfordert und sicherlich haben die schuldigen Polizeibeamten so gehandelt im festen Vertrauen darauf, daß sie deswegen in keiner Weise zur Verantwortung gezogen würden.

Die Folge dieser Vorgänge war zunächst, wie gewöhnlich, ein Prozeß. An diesem Prozeß war aber neben seinem Umfange noch das besonders merkwürdig, daß er mit einer Deutlichkeit zeigte, wie sie bisher noch nie möglich war, wie sehr reformbedürftig das ganze System ist, auf dem die Berliner Polizei beruht. Angeklagt waren 34 Personen, darunter 4 Frauen, 43 Tage dauerte der Prozeß und 675 Zeugen sind vernommen worden. Gewerkschaftlich organisiert waren die wenigsten Angeklagten, zum allergrößten Teil waren sie rein zufällig — weil sie nun doch einmal in der Gegend wohnten oder doch wenigstens aus irgend einem Grunde dahin mußten, der mit dem Streik nicht das mindeste zu tun hatte — in die Affäre gezogen worden.

Der Verlauf der Verhandlungen war ganz anders, als mancher sich gedacht hatte. Gewiß wurden Vergehen festgestellt, die nicht vorkommen sollten und deren Bestrafung nicht verwunderlich erscheint, wenn das vom Gericht verhängte Strafmaß auch immerhin unerhört hoch ist, besonders wenn man es mit Urteilen vergleicht, die gelegentlich über Angehörige anderer Klassen verhängt werden. Wenn aber der Messerstecher Bock, dessen Tat wir ja keineswegs entschuldigen wollen, schon zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wie müßten dann eigentlich verschiedene Polizeibeamte bestraft werden, die in einer Weise gewütet haben, die wie ein Hohn auf ihre offizielle Bezeichnung als Schutzleute erscheint, wie müßte ferner der „Schutzmann" bestraft werden, der den Tod des unglücklichen Hermann auf dem Gewissen hat! Daß aber bei der Beweisaufnahme einmal ein Angeklagter belastet wurde, das geschah gewissermaßen nur nebenher; geradezu erdrückend gestaltete sich die Beweisaufnahme jedoch, wenn Entlastungszeugen über das Treiben von Polizeibeamten aussagten. Wie entsetzlich erscheint dies Register von Mißhandlungen brutalster Art, nicht nur von solchen Personen, die sich eventuell wehren konnten, sondern von Kindern, alten Leuten, korpulenten Frauen und ähnlichen hilflosen Personen! Zeugt es nicht von großem Heldenmut, friedlichen Leuten die erbetene Erlaubnis zu gewähren, die Schutzmannskette passieren zu dürfen und dann zu mehreren über sie mit blanker Klinge herzufallen? War der „Schutzmann" nicht ein Held, der seinem Mute dadurch Luft machte, daß er die eine Glasscheibe einer Haustür einschlug und als er sah, daß die andere Scheibe noch ganz war, zurückkehrte und sie ebenfalls zertrümmerte? In den Reden der Staatsanwälte ist wiederholt gesagt worden, das Eigentum sei in Gefahr gewesen. Wer hat es wohl mehr bedroht, der Jankhagel oder die verschiedenen Schutzleute, die in einer Weise hausten, wie man es in neuerer Zeit nur noch bei Bonner Studenten festgestellt hat!

Lavater sagt: „Jeder Mensch hat seine Teufelsaugenblicke." — Auch wir wollen gewiß nicht bestreiten, daß selbst der ruhigste Mensch so gereizt werden kann, daß er die Herrschaft über sich selbst verliert. Solche Menschen dürfen aber nicht auf Posten gestellt werden, die soviel Selbstbeherrschung erfordern, wie dies bei der Polizei der Fall sein sollte. Fast noch widerlicher als die Mißhandlungen erscheinen aber die unsäglich rohen, wüsten und unflätigen Schimpfreden, mit denen ahnungslose und friedliche Leute überschüttet wurden. Handelte es sich um einen Mann, so konnte er es erleben, daß er als „Aas" bezeichnet wurde, wenn ihn nicht gar ein offenbar aus den Gefilden des ehemaligen Königreichs Polen stammender Schutzmann mit dem zärtlichen „Hund verfluchter" anredete. Handelte es sich um eine Frau, so konnte diese erleben, daß sie als „Hure", „Sau", „olle Trine" und dergleichen angeredet wurde. Die Berliner Volkszeitung hatte in ihrer Nummer 612 vom 31. Dezember 1910 eine kleine Zusammenstellung von Schimpfreden gebracht, die bei dieser Gelegenheit gefallen waren und darüber geschrieben: Der polizeiliche Sprachschatz. Diese Zusammenstellung wurde vielfach nachgedruckt. Bald aber erschien eine Notiz in der Presse wonach die aufgeführten Schimpfreden trotz ihrer Knotigkeit noch lange nicht die schlimmsten gewesen sein sollen, daß noch Reden gefallen sind, die so viehische Schweinereien enthalten, daß es tatsächlich unmöglich war, sie durch die Presse gehen zu lassen. Und wie nun bei alledem der Heldenmut in die Schutzmannshosen fiel, wenn das Verhör anfing, brenzlig zu werden und kein Verbot des Berliner Polizeipräsidenten den als Zeugen vernommenen Schutzmann vor der wahrheitsgemäßen Aussage schützte! Wie dann das Gedächtnis schwach wurde, das bei der Belastung der Angeklagten doch so gut funktionierte! Und nicht nur untergeordnete Polizeibeamte haben gezeigt, daß sie sich für das ihnen anvertraute Amt nicht eignen, sondern sogar auch Polizeioffiziere, selbst sogar solche, die anläßlich der Moabiter Vorgänge vom König von Preußen Orden erhielten. (Wir warnen dringend vor Majestätsbeleidigungen.) Staatsanwalt Stelzner hat freilich gesagt, das Gericht wolle auch gegen die Beamten seine Pflicht erfüllen, die sich Mißhandlungen haben zuschulden kommen lassen. Warten wir ab, was dabei herauskommen wird. Ein völlig objektives Einschreiten der Staatsanwaltschaft kann dem Teil der Berliner Schutzmannschaft, der aus vernünftigen Leuten besteht, nur erwünscht sein.

Daß Polizeispitzel bei dieser Gelegenheit ihr Unwesen getrieben haben, soll, nach den Ausführungen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Dr. Lieber bei der Urteilsbegründung, nicht erwiesen sein und das trotz der sehr bestimmten entgegengesetzten Aussagen von mehreren Zeugen, nicht nur in diesem Prozeß, sondern auch in dem, der gegenwärtig in derselben Sache vor dem Schwurgericht verhandelt wird! Dabei gehörten diese Zeugen bürgerlichen Ständen an, die jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie scharf von sich weisen.

Was soll man nun unter solchen Umständen von dem Berichterstatter der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung sagen, der in der Nummer 36 dieses Blattes sagt: „Eine sozialdemokratische Behauptung jedoch, wonach die Ausschreitungen durch Lockspitzel hervorgerufen worden seien, hat die Beweisaufnahme gründlich aufgeräumt." Der Mann hat offenbar eine sehr dauerhafte Stirn, ebenfalls bei seiner Behauptung, in der sozialdemokratischen Presse sei in diesem Falle „von objektiver Berichterstattung keine Spur" vorhanden gewesen, zu beharren. Der Herr mag sich nur zunächst an die bürgerliche Presse wenden und nicht zu knapp an die seiner Glaubens- und Gesinnungsgenossen. Die Arbeiterpresse hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, auf die himmelschreienden Uebelstände hinzuweisen, die hier zutage getreten sind, Uebelstände, die, wenn überhaupt, so doch nur in sehr geringem Maße durch Gerichtsurteile korrigiert werden können. Noch extra über die Angeklagten herzuziehen, hat die Arbeiterpresse ganz gewiß keine Ursache. Hat das Gericht doch über 31 von ihnen neben einigen Geldstrafen nicht weniger als 12 Jahre, 9 Monate und 2 Tage Gefängnis verhängt. Das ist ohne Zweifel mehr als genug.

Noch ein Wort über die politischen Momente, die man von verschiedenen Seiten in diesen Prozeß hineinzutragen versuchte. Beihmann Hollweg glaubte ohne Zweifel, etwas besonders Schlaues zu tun, als er versuchte, von der Tribüne des Reichstags aus den Gang des Prozesses zu beeinflussen, indem er das Verhalten der Polizei als einwandfrei hinzustellen beliebte und die Sozialdemokratie für die Moabiter Krawalle moralisch verantwortlich machte. Man kann nicht sagen, daß dieser Versuch einen Erfolg gehabt hat, ebensowenig wie die maßlosen Hetzartikel in der Scharfmacherpresse, die die an sich ja bedauerlichen Vorkommnisse gegen die Arbeiterbewegung auszuschlachten versuchten. Sowohl in den Reden der Staatsanwälte, als auch in der Urteilsbegründung sind bestimmte Erklärungen enthalten, die zur Folge hatten, daß die Hetzereien gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sozialdemokratie, glatt zu Boden fielen. Das haben wir von vornherein für selbstverständlich gehalten. Die Scharfmacher stehen jetzt aber da wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind.

Die Arbeitslosenversicherung.

Im November hatte sich der Arbeitsmarkt wieder etwas verschlechtert und diese Abwärtsbewegung dürfte heute noch anhalten. Die Ursache davon liegt nicht in einer neuerlichen Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage, die sich vielmehr auf dem Durchschnittsniveau des Jahres 1910 behauptet, sondern in der ungünstigen Jahreszeit. Auf jeden Fall gibt es gegenwärtig in den Städten und Industriebezirken wieder zahlreiche Arbeitslose, deren Zahl immerhin nicht so groß sein dürfte, wie in den Wintermonaten der letzten drei Jahre, die aber dennoch die Frage nach der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge in Deutschland aufdringen.

Halten wir eine Umschau im Reiche, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden, so ist recht wenig zu entdecken von Einrichtungen zur Abhilfe der Arbeitslosennot. Das Reich hat hierzu noch keinen Schritt getan und es ist heute angesichts der von den großindustriellen Scharfmachern „gewollten Abhängigkeiten" der Reichsregierung von ihnen und der trotz der Millionenfinanzreform fortdauernden Finanznot, die auch für 1911 die Aufnahme einer Anleihe von rund 100 Millionen notwendig macht, auch keine Aussicht dafür vorhanden, daß es in absehbarer Zeit etwas an Arbeitslosenfürsorge leisten wird. Zu betonen ist jedoch immer wieder aufs neue, daß es eine hohe und ernste Pflicht des Reiches ist, auch seinerseits für die von der faulen kapitalistischen Gesellschaft arbeitslos gemachten Proletarier zu sorgen. Diese Pflicht ist nicht mehr strittig, nachdem andere Staaten, wie Dänemark, mehrere Schweizerkantone, Belgien, Frankreich und England, schon seit Jahren mit staatlichen Mitteln Arbeitslosenunterstützung gewähren. Es handelt sich dabei um die prinzipielle Seite der Frage, die praktisch gelöst ist; dabei ist es zunächst gleichgültig, in welcher Form die staatliche Unterstützung den Arbeitslosen zufließt. Die in anderen Staaten eingeführte staatliche Arbeitslosenunterstützung hindert bekanntlich die kapitalistischen Gegner jeder öffentlichen Arbeitslosenfürsorge in Deutschland nicht, prinzipiell zu bestreiten, daß Gemeinde und Staat verpflichtet wären, für die Arbeitslosen irgendwelche besonderen Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen. Sind die Arbeitslosen wirklich unterstützungsbedürftig, so mögen sie sich an die Armenbehörde wenden, die sie als Armengenössige behandeln und ihnen für die Unterstützung die politischen Rechte entziehen und so die Opfer des Kapitalismus zu Heloten degradieren wird. Aber alle Brutalität kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der kapitalistische Staat die Pflicht hat, die Opfer der von ihm gestützten und beschützten kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Arbeitslose und nicht als Arme zu unterstützen. Diese Pflicht hat jetzt auch die hessische Kammer anerkannt, indem sie beschlossen hat, durch die Regierung beim Bundesrat darauf hinwirken zu lassen, daß bald eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in die Wege geleitet werde. An der prinzipiellen Bedeutung dieses Beschlusses eines deutschen Parlaments würde auch dadurch nichts geändert werden, wenn man annehmen wollte, daß die Verweisung der Materie an das Reich ein bequemer Ausweg war, um selbst nichts tun zu müssen und doch sozialpolitisch in vorteilhaftem Lichte zu erscheinen.

Von den hessischen Städten hat Mainz eine geordnete Arbeitslosenfürsorge. Die Stadt hatte für 1909/10 Notstandsarbeiten reserviert, die teils in Regie, teils durch Privatunternehmer ausgeführt wurden. An eigentlicher barer Arbeitslosenunterstützung wurden 4400 M. ausgegeben. Für den gegenwärtigen Winter sind in Mainz 300 000 M. für die Ausführung von Notstandsarbeiten reserviert.

Darmstadt beabsichtigt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Zentralstelle für Arbeitslosenfürsorge mit privatem Charakter einzurichten, die alle nach den Verhältnissen zur Mitwirkung Berufenen und freiwillige Helfer in sich vereinigen und so ein erfolgreiches Arbeiten nach einheitlichen Gesichtspunkten ermöglichen soll. Zur Begründung dieser Einrichtung wird angeführt, daß die bisherigen Maßnahmen der Notstandsarbeiten und des Arbeitsnachweises mit einer vorübergehenden, nicht sehr umfangreichen Arbeitslosigkeit und ihren Folgen annähernd steuern

Eine Bergarbeitergeschichte.

x Lange Zeit hindurch hatten die Gewerkschaften übergenug zu tun, sich unablässig ihrer Gegner zu erwehren und zu deren Deckt die Kräfte zu stärken und immer neue Scharen bis dahin gleichgültiger Arbeiter aus dem Gewerbe der zielstrebenden Organisationsarbeit einzureihen. Zwar besteht diese Aufgabe auch heute noch in vollem Maße, aber mehr als früher ist die Arbeiterbewegung doch in der Lage, einmal Atem zu holen und auf den Weg zurückzuschauen, der zu der nun erreichten Position geführt hat. Durch die schwierige, mühevolle, solidarische Arbeit der organisierten Massen sind der Arbeiterklasse tatsächlich wichtige Vorteile zugeführt worden. Allen, „die dabei gewesen" sind, die bei den Kämpfen mit in Reih und Glied gestanden haben, gereicht es zu freudiger Genugtuung, rückschauend noch einmal der weit schwierigeren Lage der Organisation zu gedenken, als mit gegen heute viel unzulänglicheren materiellen Mitteln und mit weniger Erfahrung der Weg durch Feld und Dickicht gebahnt werden mußte.

Aber nicht nur diese Erwägungen waren es, die den Anstoß gaben, die Geschichte der verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen zu schreiben, es kam noch hinzu, daß auch bei den Kämpfen der Gegenwart das Fehlen solcher Sammelwerke oft mehr oder weniger schwer als ein Mangel fühlbar wurde.

So sind denn in den letzten Jahren eine Anzahl Gewerkschaften dazu übergegangen, die Geschichte ihrer Organisation in Buchwerken zu vereinigen und sie damit allen Mitgliedern und im weiteren der weiteren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Es blieb dann in der Regel nicht bei der engeren Geschichte der Organisationsarbeit, sondern es wurden auch die Verhältnisse des Berufes näher erörtert und ihre Verknüpfungen im Wandel der Zeiten dargelegt.

Eine groß angelegte Arbeit ist die Geschichte der Bergarbeiter, „Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit", deren erster Band bei Dietz in Stuttgart erschienen ist. Der zweite Band soll bald nachfolgen. Bearbeiter ist der unseren Lesern wohlbekannte Kollege O. Hue. Das Werk erscheint im Auftrag des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes. Es sollte zuerst nur eine Geschichte der Bergarbeiterbewegung werden, „aber", so sagt Hue im Vorwort, „wenn man die Bewegung verstehen will, mußte ein Totalbild von dem Erdenwallen des Bergarbeiters gegeben werden. Man muß ihn betrachten in seinen Beziehungen zu seinem Arbeitsplatz, zur jeweiligen Produktionstechnik". Indem unser Kollege auch den Wechselwirkungen zwischen Besitz- und Rechtsverhältnissen nachging, kam er in mancher Hinsicht zu anderen Feststellungen und Schlußfolgerungen als seine „Anreger und Lehrer".

Die „Geschichte der Bergarbeiter" wurde auch besonders aus dem Grunde notwendig, weil die Hauptforderungen der Knappen bei ihren Arbeitskämpfen „erst ganz verständlich werden, wenn man die Geschichte der ältesten Großindustrie, eben des Bergbaues, zu Rate zieht". Die Unternehmer berufen sich „zur Bekräftigung ihres Herrenstandpunktes oft auf ältere Rechtsvorschriften, also müssen sich schon deshalb die Arbeiter mit dem, was einst war, vertraut machen."

Zurzeit ist die Lage in den Bergarbeiterdistrikten wieder sehr gespannt, es wird ernsthaft und besorgt die Frage erörtert, ob es zu einem großen Streik der Kohlengräber kommen wird. Da viele Industrien und besonders auch das ganze Metallgewerbe durch einen länger dauernden Bergarbeiterstreik empfindlich mitbetroffen werden, kann auch die Darstellung der Geschichte der Bergarbeiterverhältnisse des allgemeinsten Interesses gewiß sein. Für die Metallarbeiter besteht aber noch ein besonderes Interesse, insofern, als in dem Buche Hues auch die Verhältnisse der Hüttenarbeiter zum Teil mitbehandelt worden sind. Beim ältesten Bergbau kam überhaupt nur die Gewinnung von Erzen in Betracht und die Verhältnisse der hierbei beschäftigten Arbeiter waren ziemlich eng verknüpft mit denen der Hüttenarbeiter. Mögen deren die Metallarbeiter und besonders die in der Eisengroßindustrie beschäftigten auch das Buch Hues mit Nutzen lesen.

Im vorliegenden ersten Bande behandelt Hue kurz die vorgeschichtliche Zeit und das Altertum und dann sehr eingehend die Verhältnisse im Mittelalter. Es steckt eine ungeheure Arbeit in dem Buch. Mit Bienenfleiß hat der Verfasser allen einschlägigen Fragen nachgespürt und ein riesiges Material bearbeitet. Freud und Leid aus dem Knappenleben zieht an unserm Auge vorüber. Wenn auch gezeigt wird, daß im allgemeinen an der Redensart von der „guten, alten Zeit" nichts besonderes ist, so wird im einzelnen doch nachgewiesen, wie die Knappen durch ihre wirtschaftliche Notwendigkeit sich zeitweilig mancherlei Privilegien verschafften, wie sie aber dann wieder der Gewalt und List weichen mußten. Es wird gezeigt, wie die Bergarbeiter ihre eigene Gerichtsbarkeit hatten, wie die vielfachen, beim Bergbetrieb jetzt noch üblichen Unterstützungseinrichtungen der solidarischen Initiative der Knappen ihr Entstehen verdankten, wie die Arbeiter diese Einrichtungen selbst verwalteten, während heute die Bergherren ihren übermächtigen, verderblichen Einfluß ausüben. Bei der Schilderung der religiösen Strömungen können wir aufs neue die Wahrheit erfahren, daß keine Sozialdemokraten die konfessionelle Verhetzung betreiben, sondern „fromme Christen". Schwerer wirtschaftlicher Schaden wurde über ganze Landstriche gebracht, als viele evangelische Knappen und Eisenhüttenleute sich zur Zeit der Reformation weigerten, wieder katholisch zu werden und zur Abwanderung gezwungen wurden. Heute werden dafür katholische Arbeiter aus ihren religiösen Vereinen herausgeschmissen, wenn sie nicht auch den zentrumschristlichen Gewerkschaften angehören wollen. Auch ein „Fortschritt"!

Aus dem Buche Hues lernen die Bergarbeiter vor allem auch die Ursachen kennen, die es zuwege brachten, daß sich ihre materielle und rechtliche Lage vielfach verschlechterte. In alten Jahren gingen die Bergknappen in Wehr und Waffen, später ließ man ihnen, in jeder Weise geknechtet, zum Spiel eine Uniform und eine Mütze, nahm ihnen aber das gute Rüstzeug. Noch in unserer Zeit versuchte man, so im Saargebiet,

können, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit dagegen versagen. Es soll daher eine Stelle geschaffen werden, die sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zur besonderen Aufgabe stellt, die neue Arbeitsgelegenheiten beschafft, zur Selbsthilfe aneifert und als freiwillige Helferin ordentliche Arbeiter vor der Notwendigkeit bewahrt, öffentliche Armenunterstützungsmittel ansprechen zu müssen. Die Errichtung einer solchen Stelle wird nichts als alleinige Aufgabe des Staates oder der öffentlichen Selbstverwaltungsverbände, der Selbsthilfeorganisationen oder privater Wohlfahrtseinrichtungen angesehen, sie ist vielmehr aus der Natur der Dinge heraus eine gemeinsame Aufgabe aller. — Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommen wird.

Wirklich etwas tun wollte die bayerische Regierung, deren Vorgehen auch auf andere Regierungen, so namentlich auf die badische, befruchtend wirkte. Aber alle Aktionen sind ausgegangen wie das Hornberger Schießen. In Bayern hatte sich der Landtag ernstlich damit beschäftigt, einer seiner Ausschüsse beriet die Frage sehr einläßlich und von sozialdemokratischer Seite gab man sich alle Mühe, wirklich „positive Arbeit" zu verrichten. Schließlich wurde abgestellt auf die kommunale Arbeitslosenfürsorge, aber der sozialdemokratische Antrag, bereits ins Budget für 1910 150 000 M. einzustellen, um damit Gemeinden mit Einrichtungen zur Arbeitslosenfürsorge zu unterstützen, abgelehnt. Abgelehnt wurden auch alle sozialdemokratischen Anträge in den verschiedenen Gemeindebehörden auf Schaffung von Arbeitslosenfürsorge, so in München, Augsburg, Nürnberg und Regensburg, zum Teil mit der Begründung, daß die Arbeitslosenversicherung für die Gemeinden undurchführbar sei und daher der Staat oder das Reich sich damit beschäftigen sollten. In München wurden im Winter 1908/09 nach einem Reglement Arbeitslose mit 70 400 M. unterstützt, die Einrichtung aber schon im Winter 1909/10 nicht mehr weitergeführt. So bleibt in Bayern unseres Wissens einzig Erlangen mit einer planmäßigen Arbeitslosenfürsorge.

In Baden war der dafür eingesetzte Ausschuß dazu gekommen, die Aufnahme einer Summe von 100 000 M. in das Budget 1910 aufzunehmen, um daraus Gemeinden mit Arbeitslosenfürsorge zu unterstützen. Allein der Landtag lehnte den Antrag ab, da ihn der so berühmt gewordene Minister v. Bodmann bekämpfte. Irren wir nicht, hat einzig Freiburg Arbeitslosenfürsorge.

In Württemberg will man die Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems ebenfalls dem Reiche überlassen, desgleichen in Preußen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf hat im verflossenen Monat November der Regierungspräsident Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung veranlaßt, an denen Landräte, Vertreter von städtischen Verwaltungen sowie von Arbeitern und Unternehmern beteiligt sein sollen. Diese Konferenzen sollen zunächst völlig unverbindlich sein, dagegen sollen ihre Ergebnisse später der Regierung als Material für eine Regelung der kommunalen oder staatlichen Arbeitslosenversicherung dienen. In erster Linie soll erörtert werden, welche der bisher gemachten Versuche und Vorschläge den jeweiligen Verhältnissen am meisten entsprechen, und ob es sich empfiehlt, Kassen zur freiwilligen Versicherung in der einen oder anderen Form einzurichten oder vielmehr lediglich die Gründung von Versicherungskassen mit Beitrittszwang auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung der Gemeinden anzustreben.

Bekanntlich haben einige Städte in Preußen Fürsorgeeinrichtungen für Arbeitslose, so Wernigerode, Köln a. Rh., Frankfurt a. M., Quedlinburg; in den Reichslanden Straßburg, Mülhausen, Schiltigheim und Bischheim. Die Stadt Wiesbaden hat 117 000 M. für Notstandsarbeiten ausgesetzt.

In Elberfeld hatte die von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Kommission die Einführung des Genter Systems, das auch in den meisten der bereits angeführten Städte akzeptiert wurde und die Errichtung einer Versicherungskasse für Unorganisierte beantragt; allein die Gemeinschaftskommission der beiden Städte Elberfeld und Barmen lehnte den Antrag ab, weil dieses Problem nur auf gesetzlichem Wege gelöst werden könne (als ob die Kommission einen „ungesetzlichen" vorgeschlagen hätte!) und das Vorgehen einzelner Gemeinden aussichtslos und bedenklich erscheine. Das sind doch alberne, manchesterliche Phrasen zur Verschleierung des Mangels an gutem Willen, für die Arbeitslosen etwas zu tun. Auch die Handelskammer gab ihren Senf dazu, was sie mit der Erklärung tat, „daß für Elberfeld kein dringendes Bedürfnis nach Einführung der Arbeitslosenversicherung anerkannt werden könne und daß Versuchen damit in Elberfeld entschieden widerraten werden müsse." Die satten Bourgeois, die sich mit den Früchten der Arbeit anderer bereichern, bedürfen für sich freilich keiner Arbeitslosenunterstützung und für ihre Ausbeutungspolitik erscheint ihnen die ungemilderte Notlage der Arbeitslosen, die auf den Arbeitsmarkt und Arbeitslohn drücken, gerade recht.

In Halle a. S. hat man die Einführung der Arbeitslosenversicherung abgelehnt, „weil noch zu wenig Erfahrungen vorliegen". Man sieht, die Leute der herrschenden Klasse sind nie um Ausreden verlegen, um eine gute soziale Sache zu begraben.

Dagegen hat die Stadt Schöneberg (172 000 Einwohner) bei Berlin noch vor Schluß des Jahres die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter und dem Schanzschen (nach dem Vorschlag des Professor Schanz in Würzburg) System beschlossen. Die wesentlichsten Bestimmungen dieser Arbeitslosenordnung lauten:

„Die Stadt Schöneberg gewährt bis zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung oder bis zur Einführung einer solchen Versicherung in Groß-Berlin, längstens jedoch bis zum 31. März 1913 einen jährlichen Geldbetrag von 15 000 M. zu dem Zwecke, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu fördern. Der Zuschuß wird gewährt allen Berufsvereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, für alle von ihnen wegen Arbeitslosigkeit Unterstützten, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnen und die Bedingungen der Ordnung erfüllen. Auf die einjährige Frist ist diejenige Zeit mit anzurechnen, die unmittelbar vorher in einer anderen Gemeinde Groß-Berlins ohne Unterbrechung zugebracht worden ist, falls diese Gemeinde in gleichartiger Weise Beihilfe zur Arbeitslosenversicherung gewährt und auch in gleicher Weise die Wohnzeit in anderen Gemeinden anrechnet. —

Der Zuschuß beträgt die Hälfte der von der Berufsvereinigung an das einzelne Mitglied gezahlten Arbeitslosenunterstützung, darf aber den Betrag von 1 M. täglich für eine Person nicht übersteigen. Er wird nur dann gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit unverschuldet entstanden ist. Er wird nicht gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit durch Ausstände, Aussperrungen oder andere Folgen verursacht ist, oder wenn in dem Gewerbe, dem das bereits unterstützungsberechtigte Mitglied angehört, nachträglich der Fall des Ausstandes oder der Aussperrung eintritt. Der Zuschuß wird nur für die Tage gewährt, an denen das Mitglied die Kontrollvorschriften erfüllt. — Er hört für ein Mitglied auf mit dem Tage, für welchen ihm durch den städtischen Arbeitsnachweis Arbeit, die dieser für passend anerkennt, nachgewiesen wird, oder wenn ihm der Zuschuß innerhalb eines Jahres für 60 Tage gezahlt ist. Eine Verpflichtung zur Annahme nachgewiesener Arbeit besteht nicht, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung freigeworden ist.

Um einen Anspruch auf den städtischen Zuschuß zu erlangen, haben diejenigen Berufsvereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, unter Einreichung ihrer Satzungen und Anerkennung der Ordnung einen entsprechenden Antrag beim Magistrat zu stellen, indem sie sich verpflichten, der Deputation für die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises die Einsicht in ihre Buchführung soweit zu gestatten, als es notwendig ist, um zu ermitteln, ob die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten sind. Die zugelassenen Berufsvereinigungen haben nach Vereinbarung mit dem Magistrat eine Liste über ihre in Schöneberg wohnenden Mitglieder zu führen, aus der alle diejenigen Punkte, die ihnen einen Anspruch auf den Zuschuß gewähren, hervorgehen.

Das arbeitslose Mitglied hat sich täglich mit der Arbeitslosenkarte seiner Berufsvereinigung auf dem städtischen Arbeitsnachweis mindestens einmal zu melden und auf Verlangen Auskunft über alle Tatsachen zu geben, auf welche sich die von der Stadt zu gewährende Unterstützung gründet.

Der Arbeitsnachweis entscheidet darüber, ob dem Arbeitslosen die Unterstützung gewährt werden soll. — Die Kassen der Berufsvereinigungen verauslagen den Betrag des städtischen Zuschusses und reichen in jedem Monat dem Magistrat die Berechnung ihrer Auslagen nebst den dazu gehörigen Unterlagen für den vorangegangenen Monat ein. Der Zuschuß wird seitens der Stadtgemeinde innerhalb drei Wochen nach Einreichung an die einzelnen Organisationen abgeführt.

Zuschüsse an Nichtorganisierte. In Schöneberg wohnende männliche Arbeiter und Angestellte, die der Invalidenversicherungspflicht unterliegen und aus eigenen Mitteln Spareinlagen bei der Schöneberger städtischen Sparkasse gemacht haben, können auf ihren Antrag in die beim städtischen Arbeitsnachweis zu führende Liste der Sparer eingetragen werden. Die Sparer, die keinen Zuschuß erhalten, bekommen zu den Abhebungen, die sie während der Zeit der Arbeitslosigkeit von ihrem Guthaben machen, sofern sie die Bestimmungen der Ordnung erfüllen, einen Zuschuß von der Stadt. Der Zuschuß beträgt die Hälfte der von dem Sparer abgehobenen Summe. Er darf den Betrag von 1 M. täglich nicht übersteigen.

Der Zuschuß wird gewährt, wenn der Sparer mindestens ein Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnt und die Eintragung in der Liste der Sparer seit mindestens drei Monaten besteht. Einlagen, die in den letzten drei Monaten vor der Abhebung gemacht worden sind, werden hierbei nicht berücksichtigt. Die Zahlung des Zuschusses beginnt, nachdem sich der Sparer eine Woche lang täglich zur festgesetzten Stunde auf dem Arbeitsnachweis gemeldet hat.

In den Schlußbestimmungen der Ordnung heißt es: Wer versucht, unberechtigterweise den städtischen Zuschuß zu erhalten, wird vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung von der Zuschußgewährung auf die Dauer eines Jahres ausgeschlossen. Bei Streitigkeiten aus der Ordnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges die Deputation für die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises als Schiedsgericht."

Die Zuschüsse für die unorganisierten Sparer werden voraussichtlich keinen großen Betrag erfordern, ja es fragt sich, ob solche überhaupt verlangt werden. Der von Professor Schanz geborene Gedanke der Verbindung von Sparkasse und öffentlicher Arbeitslosenfürsorge ist jedenfalls eine Todgeburt. Wenn man die Gewerkschaft mit der Arbeitslosenunterstützung als Sparkasse anerkennen und gelten lassen will, dann ist der Schanzsche Gedanke im Genter System verwirklicht. —

Bei der jüngsten Volkszählung ist in der Stadt Heidelberg eine Arbeitslosenzählung damit verbunden worden, ob auch in anderen badischen Städten, ist uns nicht bekannt, da wir in der Presse darüber nichts gelesen haben. In Sachsen ist auf Veranlassung der Regierung am 12. Oktober eine Arbeitslosenzählung vorgenommen worden und darf man den Ergebnissen wohl mit Interesse entgegensehen. In München hatte die sozialdemokratische Rathausfraktion beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit der am 1. Dezember 1910 stattfindenden Volkszählung eine Zählung der Arbeitslosen zu verbinden. Als der Antrag am 21. November im Gemeindekollegium zur Behandlung kam, forderte ein ultramontaner Parteiführer, man möge ihn als undurchführbar ablehnen; eine Arbeitslosenzählung sei heuer nicht notwendig. Als ihm von einem Sozialdemokraten zugerufen wurde: „Und Sie wollen Unterlagen für eine Arbeitslosenunterstützung?" entgegnete der wackere Zentrumsmann prompt: „Ich will ja gar keine!" — Im bayerischen Landtag hat das Zentrum es abgelehnt, eine Summe für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung in den Etat einzustellen, weil noch keine Gemeinde eine solche Unterstützung geschaffen habe. Sobald das geschehen sei, sei man bereit, auch Staatsmittel zu bewilligen. In der Stadtverwaltung München aber arbeiten die Ultramontanen gegen die Arbeitslosenunterstützung. Und die christlichen Arbeiter sehen solchem Treiben ruhig zu! Es ist in der Tat ein frevles Spiel, das die katholisch-bürgerlich-kapitalistischen „Arbeiterfreunde" mit den katholischen Arbeitern treiben und man möchte wirklich fragen: Wie lange noch? —

Die Ergebnisse unserer Rundschau lassen sich also dahin zusammenfassen, daß für die Arbeitslosenfürsorge das Reich und die Bundesstaaten noch gar nichts geschaffen haben und nichts leisten; daß von den Gemeinden erst wenige — ein Dutzend! — bescheidene Einrichtungen der Arbeitslosenfürsorge geschaffen haben und somit eigentlich auf der ganzen Linie der böswillige kapitalistisch-manchesterliche Geist herrscht, der von der Arbeitslosigkeit Nutzen für das Kapital ziehen will, ohne anderseits dafür ein Opfer zu bringen.

Somit ist die Arbeiterschaft nach wie vor auf ihre eigene organisierte Selbsthilfe, auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen, die sich großartig bewährt. Rund 10 Millionen Mark haben die 54 freien Gewerkschaften im Jahre 1909, 34½ Millionen seit 1902 an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung ausgegeben und dadurch glänzend die proletarische Solidarität betätigt.

---

den Berg- und Hüttenleuten mit etlichem Druck wieder mehr Freude an solchen Uniformen beizubringen. —

Am Ende des ersten Bandes behandelt Hue als Ueberleitung zum zweiten Band, der die neueren Verhältnisse schildern soll, noch die „Jugendzeit des Kohlenbergbaues". In einem Anhang sind Bilder aus dem Bergbau des Mittelalters beigefügt. Wir sehen da unter anderm auch, wie mit der „Wünschelrute" nach Erdschätzen gesucht und wie das Erz von taubem Gestein geschieden wird sowie Arbeiter an Schmelz- und Hochöfen. Ferner bringt der Anhang eine Anzahl alter Urkunden und ein Literaturverzeichnis.

Die Bergarbeiterbewegung im besonderen und die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat in der Arbeit Hues ein sehr nützliches und wichtiges Geschichtswerk gewonnen. Als Einleitung zum zweiten Band können wir vorläufig schon die ausklingenden Worte des vorliegenden Buches hierher setzen:

„Hunderttausende Arbeiter sind heute in einem einzigen Kohlendistrikt damit beschäftigt, den „schwarzen Diamanten" zutage zu fördern. Aus aller Herren Länder sind sie zusammengeströmt und zusammengelockt. Die bodenständige Knappenschaft ist in der wirren, hin und her wogenden Riesenmasse untergetaucht. Sie hat weder Haus noch Hof. Ein Handkarren genügt den meisten beim Wohnungswechsel für den Transport des Hausrats. Diese „fahrende Habe" ist der „Reichtum" der weit überwiegenden Mehrheit der Kohlenbergleute, die Nomaden gleich im Revier umherwandern, hin und her getrieben vor der Geißel des Hungers. Wer seine Arbeitskraft nicht verkauft, muß eben verhungern! Eine aller Beschreibung spottende Besitzlosigkeit ist die Signatur unserer Bergwerksreviere, im grellsten Kontrast zu der Ueberfülle des Reichtums, die einer verhältnismäßig kleinen Gruppe glücklicher Besitzer aus der Verwertung des Fördergutes zufließt. Altrömische Gesellschaftszustände!"

(Das Buch Hues kann von unseren Verbandskollegen zu einem Vorzugspreise durch A. Schlicke & Co. bezogen werden. Bestellungen sind bei den Ortsverwaltungen zu machen, bei denen auch der Bezugspreis zu erfahren ist.)

Klassenkampf und Organisation.

III.

Wo die Genossin Rosa Luxemburg das Kriegsbeil gegen die Gewerkschaftsführer schwingt, da darf natürlich auch der Genosse Anton Pannekoek nicht fehlen. Nachdem er bereits mehrmals den gewerkschaftlichen „Unteroffizieren" das Messer der Kritik an die Kehle gesetzt hat, macht er in seinem neuesten Artikel „Gewerkschaftliche Demokratie" den Versuch, die armen Schächer mit dem Knüppel der Wissenschaft mausetot zu schlagen. Er wird es deshalb entschuldigen, wenn wir uns seine sogenannte Wissenschaft einmal etwas genauer ansehen.

Der Genosse Pannekoek spricht in der Einleitung seines Artikels von der Mißstimmung, die sich in letzter Zeit wiederholt zwischen den Beamten und den Mitgliedern der Gewerkschaften gezeigt hat; „es wird darüber geklagt, daß diese Beamtenschaft sich zu einer Bureaukratie entwickelt, die sich der Arbeitermasse entfremdet und sich immer mehr Macht anmaßt". Ohne mit der Wimper zu zucken, werden von ihm in diesem einen Satze Vorwürfe erhoben, wie sie schwerer gegen die Führer der Gewerkschaften kaum erhoben werden können; eigenartigerweise muß das unpersönliche Wörtchen „es" herhalten, um diese Anschuldigungen zu decken. Anstatt zu untersuchen, von wem diese Klagen ausgehen und ob sie auch begründet sind, werden sie einfach als wahr unterstellt und dann wird der entsprechende Kommentar dazu gemacht. Wollten wir die gleiche Kampfesweise anwenden, so könnten wir schreiben: „Es wird darüber geklagt, daß sich Leute in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischen, die sich in Theorien einspinnen und der Wirklichkeit völlig entfremdet sind, und daß diese Leute sich ein Urteil anmaßen über Dinge, von denen sie keine blasse Ahnung haben." Und diese Klage wäre ohne Zweifel viel berechtigter als jene. Denn wo existiert diese bureaukratische, der Arbeitermasse entfremdete, anmaßende Beamtenschaft, außer in der Phantasie des Genossen Pannekoek und seiner Freunde sonst noch? Wenn hin und wieder eine Mißstimmung aufkommt zwischen den Mitgliedern und den Beamten, so erklärt sich das eben daraus, daß die Mitglieder mehr erreichen wollten in einem Kampfe, als in dem gegebenen Augenblicke zu erreichen war, und daß man den Führern die Schuld hieran beimaß. Aber noch in jedem Falle ist diese Mißstimmung wieder gehoben worden, wenn die Erregung vorüber war und eine gegenseitige ruhige Aussprache stattgefunden hatte. In der Hitze des Kampfes werden manchmal scharfe Worte gebraucht, weil wichtige Interessen auf dem Spiele stehen, und wenn dann noch unverantwortliche Ratgeber und Artikelschreiber ihren Senf dazu geben, so steigt die Mißstimmung auf den Gipfel und Fernstehende gewinnen den Eindruck, als ob die gewerkschaftliche Demokratie in Gefahr sei. Uebrigens findet sich auch anderswo eine Mißstimmung; zum Beispiel in Bremen, dem Wirkungskreise des Genossen Pannekoek, herrscht eine starke Mißstimmung gegen die politischen Führer, wie sich dies bei der Aufstellung des Reichstagskandidaten deutlich gezeigt hat. Vielleicht versucht der Genosse Pannekoek auch diese Mißstimmung „wissenschaftlich" zu begründen, da er sich bekanntlich auf seine wissenschaftliche Behandlung der Differenzen in der Arbeiterbewegung viel zugute tut.

Die Methode, die Genosse Pannekoek in seiner Abhandlung über die gewerkschaftliche Demokratie anwendet, ist für ihn äußerst bezeichnend. Zunächst stellt er fest, daß die Konflikte zwischen den Mitgliedern und den Beamten der Gewerkschaften immer zahlreicher werden, dann konstatiert er, daß nach Lage der Sache diese Konflikte unvermeidlich sind, und nun, nachdem er den Grund gelegt hat, geht er an die „wissenschaftliche" Bearbeitung des Materials und entschleiert den „wirklichen Grund der Mißstimmung und der Konflikte". Natürlich und selbstverständlich ist dieser Grund bei den Gewerkschaftsbeamten selbst zu suchen. Denn, so sagt der aus Holland importierte Kritiker der deutschen Gewerkschaftsbewegung wörtlich: „Wenn die Arbeiter sehen würden, daß die Beamten eines Geistes mit ihnen wären, im Denken und Fühlen völlig mit ihnen übereinstimmten, so würden sie vielmehr unbesehen und vertrauensvoll ihrer Führung folgen. Statt dessen sehen die Arbeiter, wie die Mehrzahl dieser Beamten sich in der Grundanschauung von ihnen entfernt; wie sie sich an die Politiker anlehnt, die auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiten; wie die Vorstände die Beamten theoretisch ausbilden lassen von Personen, die sich durch ihren bürgerlichen Standpunkt in der Partei unmöglich machten; wie sie sich gegen die Theorien und gegen die theoretische Durchbildung, die die Arbeiter als Quelle ihrer Kraft erkennen, gleichgültig, skeptisch oder gar feindselig verhalten. Die Masse der im Kampfe voranstehenden Arbeiter ist revolutionär, will möglichst scharf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen; die Masse der Gewerkschaftsbeamten ist revisionistisch gesinnt. Das ist der tiefste Grund des Mißtrauens."

Man muß sich über die Dreistigkeit wundern, mit der dieser Akademiker Arbeiterführer anrempelt, die seit Jahrzehnten im Vordertreffen des proletarischen Klassenkampfes stehen. Oder sollten wir nicht lieber noch ein schärferes Wort anwenden, wenn er die Gewerkschaftsbeamten als Feinde der theoretischen Durchbildung und als Leute hinstellt, die sich von der Grundanschauung des Sozialismus entfernt haben? Und dies wagt ein Mann, der noch niemals praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet hat, der die deutsche Arbeiterbewegung nur durch die Brille des „Radikalismus" geschaut hat! Wir halten es unter unserer Würde, die deutschen Gewerkschaftsführer auch nur mit einem einzigen Worte gegen derartige Angriffe zu verteidigen. Und was den lächerlichen Vorwurf des „Revisionismus" betrifft, so beweist er nur die Unfähigkeit des Artikelschreibers Pannekoek, objektiv diskutieren zu können. Wie man auf den Polizeibureaukratismus das Verslein geprägt hat: „Was man nicht definieren kann, steht man als groben Unfug an", so möchten wir dem Bureauradikalismus das Verslein widmen: „Was man sich nicht erklären kann, sieht man als Revisionismus an!". Der Revisionismus dient den Leuten vom Schlage Pannekoeks als der Butzemann, mit dem man „radikalen" Kindern und Mummelgreisen bange macht.

Im weiteren Verlauf seines Artikels entpuppt sich der holländische Genosse als ein psychologisches Rätsel. Nachdem er zuerst die Gewerkschaftsführer abgetanzelt hat, spielt er sich als der milde Schulmeister auf, der die dummen Streiche seiner Buben versteht und verzeiht. Seine Ausführungen „bedeuten keinen persönlichen Vorwurf gegen jene Beamten, deren revisionistische Anschauungen notwendig aus den besonderen Verhältnissen des Gewerkschaftskampfes entstehen müssen". Die Beschränktheit der Gewerkschaftsführer ist ja lediglich eine Folge ihrer beschränkten Tätigkeit; weil sie nichts anderes zu tun haben, als gewerkschaftliche Kämpfe zu führen, so fehlen ihnen die großen Gesichtspunkte, und deshalb ist ihnen „die Masse der Arbeiter an allgemeiner gesellschaftlicher Einsicht, an klarem Klassenbewußtsein, an revolutionärem Empfinden überlegen". Darum ist auch „die Theorie, daß die urteilslose Masse vertrauensvoll der Führung der Führer folgen soll, falsch", und „die gelegentlichen Konflikte sind als Symptome erfreulich, als Beweise, daß die Mitglieder selbst die allgemeine Leitung und Richtung bestimmen wollen". Das heißt auf gut deutsch: Die Gewerkschaftsführer sind dumme Kerle und es ist die höchste Zeit, daß ihnen die Masse die Führung aus den Händen nimmt. Denn, so fährt Genosse Pannekoek fort, es machen sich neue Aufgaben bemerkbar und neue Kampfbedingungen treten auf: „Dann hilft weder die spezielle Fähigkeit der Beamten, noch die Weisheit der Führer mehr; die politischen Massenkämpfe stellen ganz andere Aufgaben als der Lohnkampf gegen die Unternehmer; hier kommt alles auf die klare Einsicht und die Selbständigkeit der Massen an. Dann geht die Führung von selbst aus den Händen der Führer in die der Massen über."

Sollen wir solch unsinniges Zeug ernstlich kritisieren? Wir sind überzeugt, es bedarf keiner Kritik, unsere Leser werden schon von selbst Kritik üben. Niedriger hängen — das ist das einzige, was man einer solchen „Wissenschaft" gegenüber tun kann. Höchstens kann man noch dem Bedauern Ausdruck geben, daß sich in Deutschland Arbeiterzeitungen finden, die der Meinung sind, durch den Abdruck derartiger Artikel der Arbeiterbewegung dienen und nützen zu können.

Brutus.

Ohnmacht mit Größenwahn.

Bs. Man erinnert sich der Vorgänge auf der im August 1908 in Zürich abgehaltenen internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer. Bei dieser Gelegenheit wollten die deutschen Herren ihren ausländischen Kollegen zeigen, was sie für mannhafte und zielbewußte Kerle seien, und so trumpften sie denn im Bewußtsein ihrer Manneswürde den Bischöfen ordentlich auf, weil diese beanspruchten, daß die katholischen Arbeiter auch in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen sich hübsch der kirchlichen Autorität unterordneten, wie es die frommen katholischen Fachabteilungen tun. „Bis hierher und nicht weiter!" — rief in Zürich Herr Schiffer den Bischöfen zu, und auch Herr Wieber, der Leiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, trat als Hüter der christgewerkschaftlichen Selbständigkeit in die Schranken. Er sagte:

„Die Streitfrage: ob christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen, ist doch etwas mehr als ein Streit um eine Formsache. Wir in Deutschland haben es am eigenen Leibe verspürt, wie das Prinzip der Berliner Fachabteilungen schädlich auf die christliche Gewerkschaftsbewegung einwirkt. Die Einigkeit und Geschlossenheit der katholischen Arbeiterschaft wurde dadurch vernichtet und der Kampf in die eigenen Reihen getragen. Die kirchliche Autorität und Obrigkeit in die wirtschaftlichen Kämpfe hineinzuziehen, wie es seitens der Fachabteilungen geschieht, halte ich für beide Teile für schädlich. . . . Die Zudringlichkeit der Berliner Fachabteilungen an die Kirchenbehörden ist groß; werden sie zu einer Türe hinausgewiesen, drängen sie zur andern sich wieder hinein. Auch im Ausstüsteln kirchlicher Erlasse sind sie geradezu Mustermenschen; aus der berühmten Arbeiterenzyklika Rerum novarum haben sie längst herausgefunden, daß das Streiken für katholische Arbeiter verboten sein soll."

Herr Wieber bewährte sich auch sonst als eifriger und entschiedener Gegner der katholischen Fachabteilungen und ihrer geistlichen und weltlichen Hintermänner. Sein Blatt schrieb zum Beispiel im Jahre 1907 (Nr. 49) anläßlich des Streiks auf der Burbacher Hütte, daß bei dieser Gelegenheit die katholischen Fachabteilungen nicht nur ihre Mitglieder zum Streikbruch anhielten, sondern auch gegen ihr eigen Fleisch und Blut, ihre kämpfenden Arbeitskollegen, hetzten. „Gewerkschaftliche Brunnenvergiftung", „elementare Gemeinheit" und ähnliche Ausdrücke jagten einander nur so, und zum Schlusse hieß es bezüglich der katholischen Fachabteilungen:

„Auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir keine schlimmeren Feinde; gewerkschaftlich betrachtet sind sie um kein Haar zuverlässiger als die gelben Streikbrecherorganisationen . . . . Die Frage dürfte jetzt kaum noch zu umgehen sein, ob eine Gesellschaft, wie die Berliner Brunnenvergifter, fortan noch der allgemeinen christlichen Arbeiterbewegung zugezählt werden kann. Eine reinliche Scheidung wird, falls die Berliner ihre Brunnenvergiftung nicht einstellen, eine kaum zu umgehende Notwendigkeit sein."

Und in diesem Tone ging's bei denen um Wieber bis auf den heutigen Tag. Die katholischen Fachabteilungen wurden nicht anders als Streikbrecherkolonnen, als gelbe Organisationen, als Arbeiterschädlinge, heimtückische Schleicher u. s. w. behandelt, und mehr als einmal konnte man im Blättchen des Herrn Wieber lesen, daß es mit solchen Leuten keinen Frieden, sondern nur einen Kampf bis zur Vernichtung des Gegners geben könne. Inzwischen aber hat die kirchliche Autorität in ihrer höchsten Person gesprochen. Kardinal Fischer ist in Rom beim Papst gewesen und hat von dort die Botschaft mitgebracht, daß der Papst jeder der beiden Richtungen gleich wohl will, daß er aber auch verlangt, „es möge nunmehr aller Hader und Zwist zwischen den beiden Richtungen auf gewerkschaftlichem Gebiet aufhören; mögen die beiden Richtungen, wenn nicht miteinander, dann doch nebeneinander wirken!"

Die kirchliche Autorität hat gesprochen. Und was sagen nun die Helden von Zürich, die sich die Einmischung der Kirche in die gewerkschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter so entschieden verbeten? Sie schweigen, wie es „Helden" geziemt. Was sagen die christlichen Gewerkschaftsführer, die die katholischen Fachabteilungen als Streikbrecherorganisationen behandelten, und denen jetzt verlangt wird, daß sie die Streikbrecher und Arbeiterschädlinge als Brüder in die Arme schließen? Sie schweigen! Nur ein Blatt redet: das des Herrn Wieber; es kommt in dem Jahresschlußartikel (Nr. 53, 1910) auf die päpstliche Botschaft in der Gewerkschaftsfrage zu sprechen, indem es schreibt:

„Im eigenen Lager haben sich die Schwierigkeiten im vergangenen Jahre leider nicht vermindert. Die Berliner Fachabteilungen kämpften mit den gewagtesten Mitteln, um ihre in der Praxis vollständig verlorene Sache zu retten. An hohen und höchsten Stellen haben sie mit Hochdruck und Anspannung aller Kräfte gearbeitet, um den christlichen Gewerkschaften durch ein kirchliches Machtwort den Weg der Weiterentwicklung zu versperren. Das heißersehnte Ziel haben sie nicht erreicht. Anfang Dezember hat Herr Kardinal Fischer von Köln in einem Hirtenbrief der katholischen Arbeiterschaft öffentlich erklärt, daß der Papst den christlichen Gewerkschaften sympathisch gegenüberstehe. Hoffentlich wird damit der Winterarbeit gegen unsere Organisationen endlich ein Ende bereitet sein. Wir haben der Gegner ohnehin genug und besseres zu tun, als uns fortwährend gegen solche Kreise zu verteidigen, die eigentlich unsere Freunde sein müßten. Ob die geistigen Führer der katholischen Fachabteilungen jetzt der dringenden Mahnung des Kölner Erzbischofs, endlich Frieden zu halten und die gegenseitige Befehdung einzustellen, nachkommen werden, muß zunächst abgewartet werden. Wir werden der Friedensmahnung gerne nachkommen, sofern die Gegenseite ein schiedlich-friedliches Nebeneinander nicht stören wird."

Das ist das Blatt des Herrn Wieber, des Kämpen von Zürich, das jahrelang, bis in die jüngste Zeit hinein, die katholischen Fachabteilungen als Unternehmergünstlinge, als Arbeiterverräter, als Streikbrecher bekämpfte und ihnen den Kampf auf Leben und Tod schwor. Der Papst hat nun gesprochen und Herr Wieber und seine Mannen gehorchten! Hoch lebe die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften! Die Helden von Zürich, die den Bischöfen entgegenriefen: Bis hierher und nicht weiter!, die sich die kirchliche Einmischung in ihre Gewerkschaftssache mit entschiedenen Worten verbaten, sie danken Gott und dem Papste, daß man sie allergnädigst duldet und mit schlotternden Knien geloben sie Gehorsam und umarmen, weil es von Rom so verlangt wird, die gelben Brüder in Christo, die sie ein Jahrzehnt in Worten und Werken bekämpft, denen sie vor kurzem noch die Feindschaft bis zur Vernichtung angesagt haben.

Und wie es so üblich im Christenlager, versuchen die Biedermänner, von der eigenen Charakterlosigkeit abzulenken durch öde Schimpferei auf den Gegner, auf die verhaßte Sozialdemokratie und die ebenso verhaßten Gewerkschaften:

„Die Kampfesweise der Sozialdemokratie — so schreibt das Blatt des Herrn Wieber, des gehorsamen Vollstreckers vatikanischer Gewerkschaftsbeschlüsse — hat sich im letzten Jahre zweifellos verschärft. Ihr ist die Erkenntnis immer mehr aufgedämmert, daß sie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung den gefährlichsten Gegner und widerstandsfähigsten Damm auf dem Wege zu ihrem Endziel gefunden hat. Daher konzentriert sie die ganze Wucht ihres Vorstoßes gegen die gehaßten christlichen Berufsorganisationen. Die politische Konstellation ist der Sozialdemokratie dabei äußerst günstig. Kurzsichtige Elemente im bürgerlichen Lager arbeiten ihr — wenn auch unbewußt — in die Hände. Aber innerlich ist die Sozialdemokratie faul und geistig korrumpiert. Die mit ihr auf Gedeih und Verderb verkuppelten ‚freien' Gewerkschaften haben die Folgen dieses Fäulnisprozesses mit zu tragen und manche Vorgänge der letzten Zeit beweisen, daß sie die Kraft nicht mehr besitzen, die schiefe Ebene zu verlassen und einen eigenen selbständigen Weg einzuschlagen."

Und das schreibt das Blatt, das die Charakterlosigkeit fertigbringt, heute die Fachabteilungen als Streikbrecherorganisationen zu brandmarken und ihnen den Kampf bis zur Vernichtung anzusagen, und morgen auf Geheiß eines römischen Priesters die Streikbrecher in seine Arme zu schließen. Diese Großmäuligkeit gegenüber dem Zwei-Millionenheer unserer Organisationen macht sich das Blatt des Verbandes schuldig, dessen Dasein einer Schmarotzerexistenz gleicht, der unfähig ist, aus eigener Kraft etwas für die Metallarbeiter zu leisten. Materielle und geistige Ohnmacht, verbunden mit Größenwahn — das ist die Verfassung der Leute vom Schlage der Kämpen in Duisburg!

Von der Firma Karl Zeiß in Jena.

Aus Jena wird uns geschrieben:

Ein Jahr ist verflossen, seitdem die Arbeiterschaft der Firma Zeiß gegen die reaktionären Bestimmungen für die Arbeiterausschußwahlen dadurch protestierte, daß 95 Prozent von ihr sich an den Arbeiterausschußwahlen nicht beteiligten. Nur die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler im Verein mit wenigen Unorganisierten blieben ihrer Verrätertaktik treu und beteiligten sich an den Wahlen, um im trüben fischen zu können und den Kampf der freien Gewerkschaften um die selbstverständlichsten demokratischen Rechte illusorisch zu machen.

Es ist notwendig, nach Umfluß des Jahres die sozialpolitischen Maßnahmen der Geschäftsleitung und des von ihr proklamierten Hirsch-Dunckerschen Arbeiterausschusses kritisch zu beleuchten. Unwahrscheinlich war es von vornherein, daß Personen, wie zum Beispiel der Vorsitzende des Ausschusses, der sich am Einzuge des Großherzogs hoch zu Roß beteiligte, geeignet sein sollen, im Sinne eines Professors Abbe die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Aber auch die Geschäftsleitung hat im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt bewiesen, daß es nichts als eine leere Redensart ist, wenn sie behauptet, daß sie nach „Maßgabe der Verhältnisse" natürlich immer bestrebt sei, im Sinne des Stifters, des Professors Abbe, zu handeln.

Im Monat Mai erfuhr die Arbeiterschaft durch Anschlag am schwarzen Brett, daß der Arbeiterausschuß bei der Hagenbeckschen Tierkolonne ermäßigte Eintrittspreise für Betriebsangehörige erwirkt habe. Nach viermonatlicher Tätigkeit hatte sich also der Ausschuß zu diesem „Erfolg" aufgeschwungen, der von so „weittragender Bedeutung" für die Arbeiterschaft war.

Im Juni wandte sich die gesamte Arbeiterschaft der Optik durch die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Geschäftsleitung mit einer Eingabe, in der um Abstellung einer Reihe von Mißständen ersucht wurde und gleichzeitig Vorschläge zur Besserung gemacht wurden. Die Arbeiterschaft erlebte nun das Schauspiel, daß die Geschäftsleitung diese Eingabe dem Arbeiterausschuß zur Vertretung übermies. Man bedenke: der Ausschuß, hinter dem kaum 5 Prozent der Arbeiterschaft stehen, der auch nicht die geringste Kenntnis der Motive für die Eingabe besaß, sollte Forderungen der übrigen 95 Prozent vertreten. Das Protokoll seiner Sitzung beweist ja auch, daß so etwas ein Unding ist. Bei alledem hatte die Arbeiterschaft wohl gewünscht, daß Vertreter der Organisation zu Verhandlungen zugezogen werden müssen, in der Hauptsache aber sollte eine Kommission die Verhandlungen in dieser Angelegenheit führen. Mitglieder der Geschäftsleitung der Firma und auch Dr. Schomerus haben sich bei den verschiedensten Gelegenheiten bemüht, nachzuweisen, daß sie nicht reaktionär seien. Ihr Vorgehen bei der Eingabe beweist aber, daß sie noch reaktionärer sind, als einige unserer ärgsten Scharfmacher.

In der Eingabe wurde unter anderm die Einrichtung einer Schlichtungskommission für Akkordstreitigkeiten gewünscht. Diese Einrichtung wurde zunächst damit begründet, daß es schon eine Reihe von Betrieben (keine Stiftungsbetriebe) gibt, die etwas derartiges geschaffen haben. Der Hirsch-Dunckersche Arbeiterausschuß war damit einverstanden, nur sollten keine Berufsorganisationen zugezogen werden. Die nähere Begründung für diesen Standpunkt hat man leider nie erfahren, doch geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Ohnmacht der eigenen (Hirsch-Dunckerschen) Organisation die Begründung für diese Stellungnahme ist. Man fürchtete, daß die so verhaßten Verbändler wiederum den maßgebenden Einfluß erlangen würden. Es ist ja bekannt, daß sich diese Hirsch-Dunckersche Gesellschaft in solchen Fällen von sachlichen Motiven nicht leiten läßt.

Die Antwort der Geschäftsleitung der Firma ließ an Oberflächlichkeit und Naivität nichts zu wünschen übrig. Sie sagte, sie wisse zum Beispiel nicht, was eintreten solle, wenn beide Parteien verschiedener Meinung wären. Sie meinte ferner, eine unparteiische Kommission sei undenkbar. Da muß man sich aber doch die Frage vorlegen, ob die Geschäftsleitung noch niemals etwas von einem unparteiischen Vorsitzenden gehört hat? Oder glaubt sie, daß unter 2500 Betriebsangehörigen nicht einer vorhanden ist, der sich mit Erfolg bemühen würde, streng gerecht und pflichtgemäß ein Urteil zu fällen?

Die Geschäftsleitung ist weiter der Meinung: Eine Kommission würde nur die „toten Zeiten", die jetzt schon für Akkordstreitigkeiten aufgewendet würden, vervielfachen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade durch eine derartige Kommission die Verhandlungen vermindert würden. Die betreffenden Abteilungsvorsteher würden jedenfalls bald merken, daß es nicht mehr angeht, sich kleinlich an dem oder jenem Arbeiter zu rächen oder ihn seine Launen fühlen zu lassen, indem man ihm einen schlechten Preis gibt, weil eben eine Instanz da ist, die nur rein sachliche Momente im Urteil sprechen läßt. Der jetzige Zustand, nach dem die Arbeiter an den Oberwerkmeister, das Personalbureau und die Geschäftsleitung appellieren können, hat für sie gar keinen Wert. Der Oberwerkmeister desavouiert natürlich seinen Werkmeister in den seltensten Fällen. Der Vorsteher des Personalbureaus ist wegen Mangel an Praxis nicht in der Lage, so einzugreifen, wie es notwendig ist. Und die Geschäftsleitung verläßt sich wiederum auf ihren Oberwerkmeister. So ist in Wirklichkeit niemand vorhanden, der den ehrlichen Willen hätte oder in der Lage wäre, objektiv zu urteilen.

Eine zweite wesentliche Forderung der Arbeiterschaft war die, daß durch frei aushängende Verzeichnisse die Akkordpreise den Arbeitern zugänglich gemacht werden. Die Antwort darauf war: Die Geschäftsleitung hält das Aushängen der Akkordtabellen nicht für angängig. Gründe dafür anzugeben, hielt man nicht für notwendig. Doch wir wissen, daß es dann ein leichtes wäre, die rigorosen Abzüge und Schiebungen verschiedener Abteilungsvorsteher festzustellen und ihnen etwas auf die Finger zu sehen. Doch man will auch hier Willkür, Laune und Selbstherrlichkeit weiter bestehen lassen, bis auch hier der Krug lange genug zum Brunnen gegangen ist und bricht. Wir werden an den Mißständen einzelner Abteilungen nachweisen, wie notwendig und berechtigt die angegebenen Forderungen sind, auch für die Abteilungen außerhalb der Optik.

Eine Eingabe des Arbeiterausschusses um Lohnzulagen wurde natürlich abgelehnt, trotz außerordentlich gestiegener Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten, und damit wurde eine Illusion des Arbeiterausschusses zerstört. Dagegen wurde die Arbeiterschaft am 8. Oktober durch einen Anschlag überrascht, der in seinem ersten Absatz folgendermaßen lautet: „Der Arbeiterausschuß hat angeregt, durch gemeinsamen Bezug gewisser notwendiger Massenartikel der herrschenden Teuerung entgegenzuwirken. In Verfolg dieser Anregung sind wir bereit, zunächst versuchsweise für den gemeinsamen Bezug von Speisekartoffeln Sorge zu tragen. Falls mindestens 200 Zentner bestellt werden, wird sich der Preis für den Zentner Kartoffeln, von denen eine Probe von mehreren Personen geprüft und für gut befunden ist, frei ins Haus bei normaler Entfernung auf 3,20 M. stellen." Als ein Schildbürgerstreich muß es bezeichnet werden, wenn der Arbeiterausschuß in trautem Verein mit der Geschäftsleitung den gemeinsamen Bezug von Kartoffeln regeln. Anstatt die Arbeiterschaft auf den blühenden Konsumverein von Jena zu verweisen, der einzig richtigen Vertretung der Konsumenteninteressen, hält es die Leitung eines genossenschaftlichen Betriebes (die Grundlagen des Betriebes der Firma sind genossenschaftlich, allerdings nicht die Leitung) für notwendig, der Konsumvereinsbewegung von Jena Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wo bleibt hier wiederum der Wille des Stifters?

Wir wollen nun die Arbeitsverhältnisse einiger Abteilungen des Betriebes schildern. Greifen wir einmal die Dreherei II heraus, wo es fortwährend Differenzen gibt, die durch die unangebrachte Allmacht des Abteilungsvorstehers, Herrn Wegerdt, hervorgerufen werden. Dieser Herr, den eine Reihe Chargierter umgeben, vermerkt jedes „inkriminierbare" Zufallswort eines Arbeiters und tröstet sich mit der Hoffnung, den „Bösewicht" bald wieder durch einen besonders niedrigen Akkordpreis — bei dem oft der Lohn nicht verdient wird — „zur Ordnung" zu bringen. Daneben gewährt man einzelnen Arbeitern angemessene Preise, denn dadurch wird der vorbedachte Plan, nach dem ein anderer Teil zur Entlassung gebracht wird, weniger augenscheinlich. Man kann auf diese Weise damit paradieren, daß der Durchschnittsverdienst sich auf der gleichen Basis bewegt, ja vielleicht trotz Neueinstellungen auch um einige Pfennige gestiegen ist. Sollte es aber jemals einem auf diese Weise behandelten Arbeiter gelüsten, sich über die Maßnahmen des Herrn Abteilungsvorstehers auf dem vorgeschriebenen Instanzenweg zu beschweren, so endigt diese Beschwerde entweder damit, daß sie im Papierkorb verschwindet, oder aber man hat ein wohlassortiertes Lager von „angeblichen Gründen" und läßt dieselben zum so und sovielten Male Revue passieren. Die Gründe des Klägers kommen bei solchen Beschwerden gar nicht in Betracht. Die Worte dieses Meisters gelten als Kräutlein Rührmichnichtan. Köstlich ist manchmal die Argumentation dieses Werkmeisters, wenn er einmal einen zu niedrigen Akkordpreis erraten hat. Dann prallen alle Vernunftgründe der Gegenseite an der stereotypen Antwort ab: „Alles übrige Reden hat keinen Zweck, ich gebe einfach nicht mehr!" So haben denn im letzten Halbjahr bei einer ungefähren Arbeiterzahl von 60 nicht weniger als 13 die Stätte des besonderen Wohlwollens wieder verlassen, um nicht nur lohnendere Beschäftigung in anderen Betrieben anzunehmen, sondern auch Arbeitsgelegenheit, wo nicht durch Kontrolluhren, heimliche Ueberwachung und übriges Beiwerk die Qualität der Arbeit zum Sinken gebracht wird. Aber auch das muß gesagt werden: daß solche Vorkommnisse in dieser Abteilung noch möglich sind, ist eine Schande für die darin beschäftigte Arbeiterschaft. Sie sollte sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen.

Wir ersehen also daraus, daß es auch im Zeißwerk üblich wird, Leute zu Abteilungsvorstehern zu machen, die es verstehen, der Arbeiterschaft den Fuß auf den Nacken zu setzen. Darum, Kollegen dieser Abteilung: Erbettelt nicht, sondern fordert euer Recht, wie es Männern gebührt! — Schwerwiegende Differenzen brachen auch in der Abteilung Glasschneiderei aus. Diese waren ausschließlich wiederum auf das rigorose Vorgehen eines Meisters zurückzuführen, der Akkordabzüge bis zu 50 Prozent vornahm. Eine sechswöchige Verweigerung von Akkordarbeit führte schließlich zu dem Resultat, daß mit den Arbeitern ein Abkommen getroffen wurde, nach dem die Preise für bestimmte Artikel auf zwei Jahre festgelegt wurden. Selbstverständlich ist auch die exorbitante Preisreduzierung unterblieben. Die außerordentliche Zähigkeit und Energie der Kollegen und der enge Zusammenhalt ermöglichte diesen Erfolg. Der Hirsch-Dunckersche Arbeiterausschuß erntete keine Lorbeeren in diesem Falle, da die Geschäftsleitung es vorzog, mit den betreffenden Kollegen selbst zu verhandeln.

Bezeichnend für die Willkür und außerordentlichen Machtbefugnisse der Meister ist auch folgendes Vorkommnis. In einer Abteilung der Optik wurden die Arbeiter bei einem Akkord mit einem Abzug von 50 Prozent beglückt mit der Motivierung, daß die Arbeit durch die Erfindung der Verbesserung eines Meisters jetzt in der halben Zeit hergestellt werden könne. Die Kollegen konnten sich beim besten Willen nicht von der Richtigkeit des Gesagten überzeugen und verlangten, daß der Meister oder eine andere Vertrauensperson selbst den Versuch machen sollten, den Nachweis zu erbringen, daß die Behauptung richtig sei. Das lehnte man ab mit der Begründung, man habe sich von der Verbesserung überzeugt und habe das nicht nötig. Nach Vorstelligwerden bei einer höheren Instanz machte dann doch der Meister den Versuch, der vollständig mißlang. Man mußte dann von dem Abzug Abstand nehmen. Auch hier hat nur die Einigkeit der Kollegen den

Erfolg gezeitigt. Im andern Falle hätte man ohne weiteres in völlig ungerechter Weise den Arbeitern den Abzug oktroyiert.

Die Verhältnisse in der Werkzeugmacherei sind schon einmal an dieser Stelle erörtert worden. Hinzuzufügen wäre nur noch, daß es jetzt Usus wird, bei Nachlassen der Arbeit die Anforderungen in bezug auf Genauigkeit und Sauberkeit höher zu schrauben, ohne den Akkordpreis aufzubessern. Die Vergebung der Arbeiten wird nach wie vor vollkommen willkürlich vorgenommen, die Individualität des einzelnen nicht genügend berücksichtigt, natürlich sehr zum Schaden und Nachteil des Betriebes. Es kommt auch vor, daß bei neu hergestellten Arbeiten, besonders Modellen, nach ihrer Fertigstellung Aenderungen vorgenommen werden müssen, die die Herstellungskosten noch überschreiten. Man wirft also mit der Wurst nach der Speckseite, während man auf der andern Seite die Akkordpreise oft in einer Höhe ansetzt, nach der es als ausgeschlossen gelten muß, daß das Werkzeug die höchste Leistungsfähigkeit und Lebensdauer besitzen wird. —

Die Zahl der Beamten des Betriebes ist in einer Weise gestiegen, die auch der Geschäftsleitung Sorge zu machen scheint. Hat sie doch in einer Sitzung mit dem Beamtenausschuß erklärt: „daß das prozentuale Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern bei der Firma kein günstiges sei. Das übermäßige Anwachsen der Beamtenstellungen bedeutet eine gewisse Gefahr für den Betrieb.“ In der Hauptsache liegt dieses ungünstige Verhältnis wohl in der außerordentlich gestiegenen Zahl von Werkstatt- und technischen Bureaubeamten. Man geht mehr und mehr dazu über, die Abteilungsvorsteher den Polizeistock schwingen zu lassen, entgegen der Meinung des Professor Abbe. Und warum ist die Notwendigkeit eingetreten, dieses zu tun? Weil man häufig nicht die tüchtigsten und leistungsfähigsten, unbekümmert um ihre sonstigen Anschauungen, zu Beamten macht, sondern solche, die vor allen Dingen einen gewissen Grad von Rückgratlosigkeit aufweisen. Die Resultate sind dann zunächst fortgesetzte Streitigkeiten mit den Arbeitern. Man wittert hinter jedem Minderverdienst „Ca' canny“ und stellt dann noch einen oder mehrere Aufpasser hin.

Die Vorstände der freien Gewerkschaften haben auch im vorigen Jahre vor den abermaligen Neuwahlen zum Arbeiterausschuß wieder den Versuch gemacht, über die bestehenden Differenzen in dieser Frage mit der Geschäftsleitung zu einer Verständigung zu kommen. Man hatte in einem Punkte, den die Geschäftsleitung früher als unannehmbar erklärt hatte (betreffend das Erscheinen der Geschäftsleitung in Betriebsversammlungen), nachgegeben und erklärt, daß der Besuch derselben wünschenswert sei. Alles andere hatte man aufrechterhalten, weil es das Mindestmaß dessen bedeutete, was ein Arbeiterausschuß an demokratischen Rechten besitzen muß, wenn er nicht von vornherein den Todeskeim in diese Institution legen will. Ein wesentlicher Punkt, auf dem die Arbeiterschaft mit aller Macht besteht, ist die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zwischen Arbeiterausschuß und Geschäftsleitung für den Kreis der im Betrieb Beschäftigten. Was wären unsere Parlamente, was wären andere demokratische Institutionen, wenn man bei ihnen die Oeffentlichkeit ausschließen wollte? Diese Oeffentlichkeit besteht in anderen Betrieben. Die Geschäftsleitung kann ihren ablehnenden Standpunkt doch nicht etwa mit der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der Betriebe rechtfertigen. Auch bei Zeiß hat der Arbeiterausschuß nur das Recht, gehört zu werden über Fragen, die dem Arbeitsverhältnis entspringen. Es wird deswegen äußerst selten vorkommen, daß wegen Gefährdung wichtiger Betriebsinteressen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden müßte. Die Arbeiterschaft muß deshalb mit allen Mitteln danach streben, diesen Bazillus „Nichtöffentlichkeit der Verhandlung“ auszumerzen, um einen gesunden, lebensfähigen Arbeiterausschuß zu besitzen.

Aber noch ein Punkt ist es, der bestimmte Absichten der Geschäftsleitung dahinter vermuten läßt. Sie lehnt es nämlich ab, die Verhandlungen nach parlamentarischen Regeln zu gestalten, mit der naiven Begründung: „Diese Regeln ständen nicht fest, müßten also erst fixiert werden und Verhandlungen in einem so kleinen Kreise würden besser gedeihen, wenn sie nicht einer strengen Geschäftsordnung unterlägen.“ Zu dem ersten sogenannten Grunde bemerken wir, daß wir nicht wüßten, was der Fixierung dieser Regeln entgegenstehen sollte. Auf alle Fälle aber muß es als ausgeschlossen gelten, daß ein Kreis von zirka 20 Personen ohne parlamentarische Regeln auskommen kann. Ein großer Teil der Arbeiterausschußmitglieder würde zu Statisten herabgewürdigt, ihnen wäre es in vielen Fällen unmöglich, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dann denke man sich einmal den Zustand, daß fünf oder noch mehr Personen durcheinander reden. Einem Genie von Protokollführer würde es nicht gelingen, aus diesem Tohuwabohu den Kern der verschiedenen Ansichten zu erfassen. Hier kommen offenbar die reaktionären Ansichten der Geschäftsleitung potenziert zum Ausdruck.

Die Arbeiterschaft hat denn auch begriffen, daß derartige Bestimmungen unter keinen Umständen annehmbar sind. In einer am 6. Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Betriebes, die von über 500 Kollegen besucht war, wurde wiederum der Beschluß mit 311 gegen 157 Stimmen gefaßt, sich an den Arbeiterausschuß- und Abteilungsvertreterwahlen nicht zu beteiligen. Der im vorgehenden Jahre proklamierte Hirsch-Dunckersche Arbeiterausschuß hatte kurz vor den Wahlen noch den Absatz in die Bestimmungen einzufügen beantragt: „Ist nur eine Liste eingereicht, so gilt sie, falls die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, auch ohne Abstimmung als gewählt.“ Die Hirsche und die Geschäftsleitung glaubten jedenfalls, auf diese Art und Weise der Blamage zu entgehen, mit der Anzahl der Stimmen konstatieren zu müssen, daß dieser Ausschuß für die Arbeiterschaft nicht vorhanden sein kann, überhaupt keine Existenzberechtigung besitzt. Wir aber konstatieren trotz alledem heute, daß noch keine 100 Betriebsangehörigen von zirka 1700, die dabei in Frage kommen, sich an den Wahlen beteiligt haben; ein für die freien Gewerkschaften äußerst zufriedenstellendes Resultat. Die Wähler waren die Hirsche und einige Unorganisierte. Die Geschäftsführung und Herrn Dr. Schomerus hat dieses Resultat nicht gelinde überrascht und in Zorn gebracht. Man glaubte, die größte Schuld trage das am Tage der Wahl von den freien Gewerkschaften herausgegebene Flugblatt, und man fahndete nach den Verbreitern desselben, um an diesen sein Mütchen kühlen zu können. So steht nun abermals die Arbeiterschaft der Firma in der Kampfstellung. Sie soll und muß sich die Rechte erkämpfen, die zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung des Betriebes notwendig sind, getreu dem Sinne des Stifters, der die Arbeiterschaft bei mehr als einer Gelegenheit aufgefordert hat, sich zu organisieren, um sich Rechte zu erkämpfen. In diesem Sinne rufen wir den Arbeitern zu: Seid einig und organisiert euch!

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

XVIII.

Die Kommission hat am 11. Januar ihre Beratungen wieder aufgenommen. Zunächst beschäftigte sie sich mit den weiteren Bestimmungen über die Krankenversicherung. Schon vor den Ferien war der Kreis der versicherungspflichtigen Personen beraten worden. Dabei entstand eine größere Debatte nur über die Frage, welche Privatangestellten versicherungspflichtig sein sollten. Bei der Versicherung dieser Personen ist eine Beschränkung vorgesehen, die für die Arbeiter nicht gilt. Versicherungspflichtig sind alle Arbeiter, Gehilfen 2c., ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes. Für die Privatangestellten dagegen ist die Versicherungspflicht abhängig gemacht davon, daß der Jahresarbeitsverdienst eine gewisse Höhe nicht übersteigt. In die Vorlage war entsprechend dem bestehenden Gesetz der Versicherungszwang auf die Privatangestellten beschränkt, deren Jahresarbeitsverdienst nicht höher als 2000 M. ist. Es war aber schon seit jeher den Privatangestellten versprochen worden, daß bei der nächsten Reform ein viel weiterer Kreis der Versicherungspflicht unterstellt werden sollte. Demgemäß hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß alle Privatangestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis 5000 M. versicherungspflichtig sein sollten. Das Zentrum wollte alle Privatangestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis 3000 M. in die Versicherung einbeziehen und die Nationalliberalen alle Privatangestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis 2500 M. Schließlich wurde in erster Lesung der letzte Antrag angenommen — gegen den Widerspruch des Zentrums, das ganz entschieden die Notwendigkeit betonte, den Versicherungszwang weiter auszudehnen, mindestens auf die Privatangestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 3000 M. In der zweiten Lesung dagegen erklärten sich die Abgeordneten des Zentrums gegen jede weitere Ausdehnung des Versicherungszwangs und halfen den Konservativen und Nationalliberalen, die Verbesserungen aus der ersten Lesung zu beseitigen, also wiederum den Versicherungszwang auf die Privatangestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 M. zu beschränken. Bezeichnend ist, daß für diese Verschlechterungen von den Regierungsvertretern, von denen offenbar der Verschlechterungsantrag ausgegangen ist, geltend gemacht wurde, die Aerzte verlangten diese Einschränkung und man müsse wenigstens in dieser Frage den Aerzten möglichst entgegenkommen. Das ist ein böses Vorspiel für die weitere Frage der Krankenversicherung. Es ist zu befürchten, daß auch bei anderen Gelegenheiten die Mehrheit mehr Wert auf die Interessen der Aerzte, Apotheker und anderer Leute, als auf eine möglichst gute Krankenfürsorge legen wird.

Die Krankenhilfe zerfällt in Krankenpflege und Krankengeld. Das Krankengeld muß in jedem Krankenfall mindestens für 26 Wochen gewährt werden. Wenn also der Kranke nicht gleich von Beginn der Krankheit arbeitsunfähig ist, also auch für die erste Zeit seiner Krankheit kein Krankengeld erhält, dann beginnen die 26 Wochen der Krankengeldleistung an dem Tage, von dem an der Kranke Krankengeld bezieht. Dagegen wird in der Vorlage keine Rücksicht darauf genommen, daß auch innerhalb der Krankheit, nachdem der Kranke bereits eine Zeitlang Krankengeld bezogen hat, eventuell für eine gewisse Zeit nur Krankenpflege, aber kein Krankengeld von der Kasse geleistet wird. So hat zum Beispiel ein Kranker für 5 Wochen Krankengeld bezogen, sein Zustand hat sich aber gebessert, so daß der Arzt ihm empfiehlt, mit der Arbeit wieder zu beginnen, aber in gewissen Zwischenräumen in die Sprechstunde zur Untersuchung zu kommen, nach weiteren 10 Wochen findet aber der Arzt, daß der Zustand des Kranken sich doch nicht genügend bessert, er schreibt den Kranken wieder arbeitsunfähig und dieser hat dann nach der Vorlage nur noch 11 Wochen Anspruch auf Krankengeld, da die 10 Wochen, in denen er nur Krankenpflege, aber kein Krankengeld erhalten hat, voll gerechnet werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten gelang es, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und im Gesetz ausdrücklich auszusprechen, daß bei der Berechnung der 26 Wochen, für die der Kranke Krankengeld zu beanspruchen hat, die Zeit unberücksichtigt bleibt, in der den Kranken nur Krankenpflege, aber kein Krankengeld gewährt worden ist.

Eine ähnliche Verbesserung erreichten die Sozialdemokraten auch bei der Bestimmung, die sich auf die verkürzte Dauer der Krankenhilfe bezieht. In gewissen Fällen kann nämlich nach dem Entwurf dem Kranken die Krankenhilfe nur für 13 Wochen gewährt werden, statt wie es die Regel ist, für 26 Wochen. Dies sind die Fälle, in denen der Kranke innerhalb eines Jahres bereits für 26 Wochen Krankenhilfe bezogen hat. Dabei sollten wiederum die Wochen vollgerechnet werden, in denen der Kranke nur den Arzt in Anspruch genommen hat, aber dabei arbeitsfähig geblieben ist, also ein Krankengeld nicht bezogen hat. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde auch hier im Gesetz ausdrücklich festgelegt, daß die verkürzte Krankenhilfe nur dann gestattet ist, wenn der Kranke in dem Jahre vorher bereits für 26 Wochen Krankengeld bezogen hatte.

Eine sehr bedenkliche Verschlechterung verdanken die Arbeiter der Fortschrittlichen Volkspartei. Nach dem Entwurf haben die Krankenkassen das Recht, das Krankengeld in den Fällen zu kürzen, in denen der Kranke nicht nur von der einen Kasse, sondern auch von einer andern „Versicherung“ Krankengeld bezieht. Die Krankenkasse kann dann ihre Unterstützung so weit kürzen, daß der Kranke von den verschiedenen Versicherungen zusammen nicht mehr bezieht, als sein Arbeitsverdienst beträgt. Diese Versicherung ist nicht nur deshalb bedenklich, weil sie die erworbenen Rechte des erkrankten Arbeiters schmälert, sondern auch, weil sie zur Selbstdenunziation des Arbeiters führen muß. Denn bekanntlich leistet auch die Gewerkschaft vielfach Unterstützung im Krankheitsfalle. Es war daher nicht ausgeschlossen, daß solche Zuschüsse als Leistungen einer Versicherung hingestellt würden. Nun haben aber die Krankenkassen das Recht, von den Kranken bei ihrer Erkrankung darüber Auskunft zu fordern, ob sie noch aus einer andern Krankenkasse Unterstützung beziehen, damit dann das Krankengeld entsprechend gekürzt werden kann. In einer Betriebskrankenkasse ist aber der Betriebsunternehmer oder -vertreter zugleich der Vorsitzende der Krankenkasse. Mithin müßte der Arbeiter, wenn er sich nicht strafbar machen wollte, ausdrücklich durch die Betriebskrankenkasse seinem Unternehmer mitteilen, daß er gewerkschaftlich organisiert ist. In der ersten Lesung war es den Sozialdemokraten gelungen, in das Gesetz den Zusatz hineinzubringen, daß sich jene Bestimmungen nur auf die Versicherungen bezieht, die den Versicherten einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren. Damit waren die freien Gewerkschaften ausgenommen, weil sie durchweg statutengemäß den Rechtsanspruch ausdrücklich ausschließen. In der zweiten Lesung wies der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Mugdan darauf hin, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewähren, mithin von der Bestimmung nicht ausgenommen seien. Er beantragte deshalb, daß der Zusatz gestrichen werde, denn sonst würden ja die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafter schlechter gestellt sein als die freien und die christlichen, und wirklich ging die Kommission auf diese Zumutung ein, der Antrag der Fortschrittler wurde von den Konservativen, Nationalliberalen, Fortschrittlichen und dem Zentrum angenommen. Auf die scharfen Angriffe der Sozialdemokraten, daß die Arbeiter damit zur Selbstangeberei gezwungen seien, schwächte die Mehrheit die Bestimmung dahin ab, daß der Kranke nur verpflichtet sei, die Höhe seiner Unterstützung anzugeben und daß die Kasse nicht berechtigt sei, zu fragen, von welcher Versicherung der Kranke die anderweitige Unterstützung bezieht. Jedoch liegt es in der Natur der Sache, daß auch mit diesen Aenderungen die Bestimmung der Vorlage den Unternehmern die Möglichkeit geben wird, die Arbeiter zur Selbstangeberei zu zwingen.

(Es ist leicht zu erraten, wer den Abgeordneten Dr. Mugdan veranlaßt hat, die Kommission damit in die Irre zu führen, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Krankengeld gewähren. Das kann nur von den Hirsch-Dunckerschen geschehen sein, denen es schon lange unbequem ist, daß die freien Gewerkschaften Krankengeld zahlen. Im Gegensatz dazu gewähren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine keine Krankenunterstützung, sondern nur die ihnen angegliederten und von ihnen verwalteten eingeschriebenen Hilfskassen, für die besondere Beiträge zu leisten sind. Die Kommission ist also das Opfer eines Hirsch-Dunckerschen Schwindels geworden, womit wir jedoch nicht sagen wollen, daß verschiedenen Kommissionsmitgliedern der bürgerlichen Parteien dieser Schwindel nicht ein willkommenes Mittel zum Zweck war. Red. d. M.-Ztg.)

Lerne etwas sein und etwas tun, anstatt beredsam über das zu sprechen, was gewesen ist, was getan wurde, und was getan werden könnte. Carlyle.

Allgemeine Begriffe und großer Dünkel sind immer auf dem Wege, entsetzliches Unglück anzurichten. Anselm Feuerbach.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. Januar der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Januar 1911 fällig ist.

* * *

Hierdurch diene zur allgemeinen Kenntnis, daß mit der

Union des Ouvriers sur Metaux Bulgarie

(Bulgarischer Metallarbeiter-Verband, genannt die Weitherzigen)

ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden ist. Dieser erstreckt sich auf:

1. Anerkennung der Mitgliedschaft der in das Gebiet der Landesorganisation zugereisten und in Arbeit tretenden Mitglieder (Übertritt unter Umrechnung der Beiträge).
2. Gewährung von Reisegeld nach den Satzungen der Landesorganisation.
3. Förderung allgemeiner Beziehungen nach den Grundsätzen des Internationalen Metallarbeiter-Bundes.

Diesen Vertragspositionen gemäß kann Reisegeld an zureisende Mitglieder des Bulgarischen Metallarbeiter-Verbandes nur gewährt werden, wenn die Beitragsleistung in der bisherigen Organisation nach Umrechnung der Beiträge einer Beitragsleistung von 52 mal 60 S = 31,20 M entspricht. Mithin muß ein in die erste Klasse des Bulgarischen Metallarbeiter-Verbandes steuerndes Mitglied 98 Beiträge und ein in die zweite Klasse steuerndes 196 Beiträge entrichtet haben, ehe es bei uns Reisegeld erhalten kann.

Im Bulgarischen Metallarbeiter-Verband bestehen zwei Beitragsklassen: 1. Klasse 40 Centimes wöchentlich = 32 S; 2. Klasse 20 Centimes wöchentlich = 16 S. Dies ist bei der Umrechnung der Beiträge zu berücksichtigen.

Der Übertritt eines zugereisten Mitgliedes des Bulgarischen Metallarbeiter-Verbandes ist erst zu vollziehen, wenn es in Deutschland in Arbeit getreten und diese Arbeit nicht lediglich vorübergehender Natur ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Salzungen** 5 S pro Woche;
der Verwaltungstelle **Wiesbaden** für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder 5 S pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Schöningen:**

Der Kernmacher Hermann Schlichting, geb. am 17. April 1882 zu Wernigerode, Lit. A. Buch-Nr. 280116, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Wiesbaden:**

Die Arbeiterin Amalie Klärner, geb. am 23. Februar 1888 zu Zorn, Lit. A. Buch-Nr. 548112, wegen Streikbruch;
die Arbeiterin Frida Schramm, geb. am 26. März 1873 zu Wiesbaden, Lit. A. Buch-Nr. 527057, wegen Streikbruch;
die Arbeiterin Philippine Schuck, geb. am 6. August 1870 zu Neuhof, Lit. A. Buch-Nr. 527027, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Zorge:**

Der Former Heinr. Obermann, geb. am 20. Juni 1862 zu Wieda, Lit. A. Buch-Nr. 3940, wegen Streikbruch.

* * *

Für nicht wiederaufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in **Berlin:**

Der Mechaniker Otto Westphal, geb. am 9. Juni 1864 zu Plathe, Lit. A. Buch-Nr. 508232, wegen unkolleg. Verhalten;
der Schleifer Karl Engel, geb. am 5. Juni 1874 zu Berlin, Buch-Nr. 411469, wegen Durchbrech. eines Werkstattbeschlusses;
der Arbeiter Hermann Lauenroth, geb. am 16. Mai 1868 zu Angern, Buch-Nr. 652823, weg. Schäd. d. Verbandsinteress.

* * *

Öffentlich gerügt werden:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in **Berlin:**

Der Arbeiter Julius Hartung, geb. am 8. April 1871 zu Bromberg, Lit. A. Buch-Nr. 401947, wegen unkollegialem Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Beschluß des **Vorstandes:**

Der Schlosser Fritz Reisch, geb. am 4. Dez. 1882 zu Berlin, Buch-Nr. 472385, wegen Nichteinhaltung eines Werkstattbeschl.

Gleichzeitig wird der im Ausschlußverzeichnis für den Monat Juli 1910 veröffentlichte Ausschluß des F. Reisch zurückgenommen.

* * *

Gestohlen wurde:

Lit. A. Buch-Nr. 547049, lautend auf den Dreher Paul Schöm, geb. am 11. November 1889 zu Wermsdorf.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an **„Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16 a“** zu adressieren. **Geldsendungen** adressiert man nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16 a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Feilenhauern und -Schleifern** nach Remscheid und Umgebung, St.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Aarau (Firma Ohler) D.; nach Elze i. Hann. (Firma G. Pleißner) R.; nach Gmünd (Fa. Ritz & Schweizer) Mi.; nach Ötisheim bei Mühlacker (Firma Belser Söhne) St.; nach Schöningen (Firma A. W. Makensen) St.; nach Wetter a. Ruhr (Firma Stuckenholz) Mi.;
von **Gold- und Silberarbeitern, Pressern** und **Hilfsarbeitern** nach Hamburg; nach Meran, Tirol, M.; nach Pforzheim;
von **Heizungsmonteuren** nach Koblenz, D.;
von **Kettenschmieden und Zuschlägern** nach Iserlohn (Firma Raffloer & Crone) St.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Aalen (Gebr. Simon, Drahtstiftenfabrik); nach Düsseldorf (Kontrollergesellschaft) D.; nach Gmünd (Ritz & Schweizer) Mi.; nach Göppingen (Firma Böhringer, Werkzeugmaschinenfabrik) R.; nach Halle a. S. (Fa. Weise & Monski) St.; nach Hameln (Norddeutsche Automobil-Werke) St.; nach Herford (Firma Riebaum & Gutenberg) A.; nach Leopoldshall bei Staßfurt (Firma F. Fiedler, Dampfkessel- und Apparatebauanstalt) St.; nach Lüneburg (Eisenwerk) D.; nach Rastatt (Waggonfabrik) St.;
von **Metalldrückern** nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminiumwarenfabrik) R.;
von **Schlossern und Schmieden** nach Delmenhorst, St.;
von **Schmieden** nach Iserlohn (Kettenfabrik Raffloer & Crone) St.;
von **Werkzeugschlossern** nach Lüdenscheid, St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w. F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Lichtbildervorträge

des Kollegen Sebastian Lauterbach aus Stuttgart über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie:

Freitag,	3. Februar	in Auerbach i. Vogtld.	in der Zentralhalle.
Samstag,	4.	„ „ Plauen	„ „ im Felsenschlößchen.
Montag,	6.	„ „ Oelsnitz	„ „ im Norddeutschen Hof.
Dienstag,	7.	„ „ Freiberg i. Sa.	in Stadt. Union.
Mittwoch,	8.	„ „ Gößnitz	„ „ im Restr. Wilhelmshöhe.
Donnerstag,	9.	„ „ Schmölln (S.-A.)	im Hotel Wartburg.
Freitag,	10.	„ „ Altenburg	„ „ im Waldschlößchen.
Montag,	13.	„ „ Wurzen in Sa.	im Bürgergarten.
Dienstag,	14.	„ „ Oschatz in Sa.	im Goldenen Löwen.
Mittwoch,	15.	„ „ Riesa in Sa.	im Gasthof zu Gröba.
Donnerstag,	16.	„ „ Großenhain in Sa.	im Resi. Schützenhaus.
Freitag,	17.	„ „ Bautzen in Sa.	im Albertbof.
Samstag,	18.	„ „ Doberschau in Sa.	bei Leßke in Doberschau.
Sonntag,	19.	„ „ Groß-Dubrau i. Sa.	i. Braulichs Gasthof.
Dienstag,	21.	„ „ Bischofswerda i. Sa.	i. Hotel König Albert.
Mittwoch,	22.	„ „ Schmiedeberg i. S.	i. Gsth. zu Schmiedeberg.
Donnerstag,	23.	„ „ Rügeln in Sa.	im Alten Gasth. zu Rügeln.
Freitag,	24.	„ „ K. Ischachwitz in Sa.	i. d. Goldenen Krone.
Samstag,	25.	„ „ Rügeln-Glashütte in Sa.,	Goldenes Glas in Glashütte.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Remscheid. Der Kampf der Feilenarbeiter dauert unverändert fort. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob es zum Friedensschluß kommen würde. Am 17. Dezember fand auf Veranlassung des Remscheider Bürgermeisters, Herrn Dr. Farres, eine Vorverhandlung statt, an der fünf Fabrikanten und fünf Arbeiter teilnahmen. Nach einer allgemeinen Aussprache wurden die Verhandlungen auf den 20. Dezember vorigen Jahres vertagt. Diese zeitigten nach dem Protokoll folgendes Ergebnis: „Nach eingehender Aussprache über die Sach- und Streitlage erklärten die Arbeitgeber folgendes: 1. Eine Maßregelung nach eventueller Beendigung des Streikes soll nicht stattfinden. Da die verlassenen Arbeitsstellen zwischenzeitlich aber wieder teilweise besetzt sind, kann eine Wiedereinstellung aller ausgeschiedenen Arbeiter nicht ohne weiteres erfolgen, es muß sich diese Wiedereinstellung vielmehr nach den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen in jedem einzelnen Betriebe richten. Die Einstellung alsbald nach Beendigung des Streikes soll ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises erfolgen können. 2. Der Wunsch der Arbeiter auf Einführung einer gleichmäßigen Arbeitszeit, und zwar von 57 Wochenarbeitsstunden, deren Verteilung auf die einzelnen Tage den einzelnen Betrieben überlassen bleiben soll, soll dem Gesamtarbeitgeberverbande vorgelegt werden. Die erschienenen Unternehmer wollen, obwohl dieser Wunsch einem erst kürzlich gefaßten Beschluß des Verbandes widerspricht, für seine Erfüllung eintreten. 3. Die von der Gegenseite gewünschte Einigung über den Arbeitslohn kann vor der Wiederaufnahme der Arbeit nicht stattfinden. Es wird die Arbeitsaufnahme von solchen Verhandlungen in den einzelnen Betrieben zur Bedingung gemacht. Sollten sich dann hier und da Lohnverhältnisse ergeben, mit welchen die betreffenden Arbeiterschaften nicht zufrieden sein zu können glauben, so sollen sie an den Arbeitgeber zunächst selbständig herantreten; falls hierbei eine Verständigung nicht erreicht wird, so sollen die Arbeiter das Recht haben, einen Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes anzurufen, unter gleichzeitiger Mitteilung dieser Anrufung an den Unternehmer. Dieser Prüfungsausschuß soll aus drei von dem Arbeitgeberverband gewählten Fabrikanten bestehen. Der Arbeitgeberverband wird sich dafür verbürgen, daß die Beschwerden der Arbeiter sachlich und gerecht geprüft werden. Etwaige derartige Beschwerden sollen von dem Ausschuß innerhalb 14 Tagen erledigt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich zu Punkt 1 und 2 (Maßregelung und Verkürzung der Arbeitszeit) einverstanden. Zu Punkt 3 (Lohnfrage) muß eine Erklärung vorbehalten werden." Die Vertrauensleute der Streikenden nahmen hierzu Stellung und kamen zu dem Resultat, daß die Kommission versuchen sollte, in puncto Maßregelung eine präzisere Fassung und in der Lohnfrage, in welcher die Unternehmer gar kein Entgegenkommen gezeigt hatten, bestimmte Zusagen herbeizuführen. Am 23. Dezember vorigen Jahres fand dann wieder eine Verhandlung statt, die laut Protokoll folgendes Ergebnis hatte: „Nach nochmaliger Aussprache gaben die Vertreter der Arbeitgeber folgende Einigungsvorschläge zu Protokoll, von deren Annahme sie die Vergleichsverhandlungen endgültig abhängen lassen: 1. Nach Beendigung des Streikes sollen keinerlei Maßregelungen eintreten. Insbesondere werden die Unternehmer denjenigen Arbeitern, die bei ihnen nicht wieder eingestellt werden können, beim Aufsuchen anderer Arbeitsgelegenheit keine Schwierigkeit in den Weg legen. Anderseits wird von der Gegenseite zugesagt, daß über einzelne Betriebe keinerlei Sperren verhängt werden oder bestehen bleiben sollen. Eine Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden kann zurzeit deshalb nicht erfolgen, weil die von den Streikenden früher innegehabten Stellen während des Ausstandes teilweise durch Ersatzkräfte besetzt sind, und weil ferner der Beschäftigungsgrad infolge des sechsmonatigen Ausstandes zurückgegangen ist. Bei nachträglich eintretender Balanz sollen jedoch die zunächst nicht wiedereingestellten Feilenarbeiter nach Möglichkeit in erster Linie berücksichtigt werden. Bis zum 15. Januar 1911 soll die Wiedereinstellung bei den alten Arbeitsstellen ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises erfolgen. 2. In denjenigen Remscheider Feilenbetrieben, in welchen es die Mehrheit der Arbeiter wünscht, soll die Arbeit unter Beibehaltung der bisherigen wöchentlichen Arbeitsstundenzahl am Samstag nachmittag um 5 Uhr beendet werden. Die erschienenen Unternehmer sind darüber hinausgehend bereit, zu empfehlen, daß am Samstag nachmittag durch Wegfall der Nachmittagspause der Arbeitsschluß entsprechend früher stattfindet. 3. Die Arbeit soll in den einzelnen Betrieben alsbald nach Annahme dieser Vorschläge wieder aufgenommen werden, und zwar zu den am Tage der Arbeitsaufnahme dort gültigen Lohnbedingungen. Sollten sich dann hier und da Lohnverhältnisse ergeben, mit welchen die betreffenden Arbeiter nicht zufrieden sein zu können glauben, so sollen sie an den Unternehmer zunächst selbst herantreten. Falls hierbei eine Verständigung nicht erreicht wird, sollen die Arbeiter das Recht haben, einen Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes anzurufen, unter gleichzeitiger Mitteilung dieser Anrufung an den Unternehmer. Dieser Prüfungsausschuß soll aus drei von dem Arbeitgeberverband gewählten Feilenfabrikanten bestehen. Der Arbeitgeberverband wird sich dafür verbürgen, daß die Beschwerden der Arbeiter sachlich und gerecht geprüft werden. Etwaige derartige Beschwerden können nur innerhalb 14 Tagen nach Wiederaufnahme der Arbeit bei dem Prüfungsausschuß angebracht werden, von dem sie innerhalb weiterer 14 Tage zu erledigen sind. Die erschienenen Arbeitgeber erklären, daß, falls die Arbeitnehmer die vorstehenden Vergleichsbedingungen annehmen sollten, sie mit allem Nachdruck dafür eintreten würden, daß die bei dem hiesigen Arbeitgeberarbeitsnachweis bestehende Beschwerdekommission nach Hagener Muster besetzt werde. Sie glauben einen Erfolg dieser Bestrebungen in Aussicht stellen zu können. Die erschienenen Arbeitnehmer erklären, diese Vorschläge mit tunlichster Beschleunigung der ausständigen Arbeiterschaft mitteilen und deren endgültige Entscheidung möglichst bald der Stadtverwaltung bekanntgeben zu wollen." — Hieraus geht hervor, daß die Fabrikanten den Arbeitern nicht das geringste Entgegenkommen zeigen wollen; denn sogar das Versprechen der Einführung der 57-Stundenwoche wurde zurückgezogen. Die Streikenden nahmen am 27. Dezember zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung. Kollege Böller gab im Namen der Verbandsleitung die Erklärung ab, daß die Fabrikanten unausgesetzt verbreiteten, die Streikenden würden nur käuflich und unter Anwendung der verwerflichsten Mittel von den angestellten Kollegen veranlaßt, im Streik zu verharren. Aus diesem Grunde und um auch die wirkliche Stimmung der Streikenden kennen zu lernen, enthalte sich die Ortsverwaltung, irgendwelche Vorschläge für oder gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu den von den Unternehmern gemachten Vorschlägen zu machen. Die Verwaltung erkenne an, daß die Streikenden sich in dem halbjährigen Kampfe mustergültig geschlagen und gewaltige Opfer gebracht hätten. Wenn die Kollegen der Meinung waren, diese Opfer nicht weiter bringen zu können, so möchten sie dieses in der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: 602 Stimmen waren für Weiterführung des Kampfes, 4 für Abbruch und 2 Stimmen waren ungültig. Am 28. Dezember wurde in einer Sitzung mit den Fabrikanten diesen das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt, die hierauf erklärten, daß sie ein gebundenes Mandat hätten und die Verhandlungen abbrechen müßten. Der Kampf geht also weiter! Genau so wie die Fabrikanten durch ihre Halsstarrigkeit die Schuld an dem Kampfe überhaupt haben, sind sie auch die Schuldigen bei dem Scheitern der letzten Verhandlungen. Die Arbeiter hatten das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt, ihnen kann man nicht in die Schuhe schieben, daß sie leichtsinnig in irgendeinem Punkte votiert hätten. Die Streikenden waren sich bei der Abstimmung der Tragweite dieser Handlung wohl bewußt. Die fast einstimmige Ablehnung der Vorschläge der Unternehmer nach einem halbjährigen Kampfe zeigt, daß die derzeitigen Feilenarbeiter von der Durchführbarkeit ihrer Forderung überzeugt sind und kein Opfer scheuen, ihre gerechte Sache durchzufechten. Wie immer, so stehen auch bei diesem Kampfe Polizei und Gerichte auf seiten der Unternehmer. Trotzdem in fast allen Fällen gar nichts nachgewiesen werden konnte, erfolgten Bestrafungen, die man wohl nie verstehen wird. Die Begleitung eines Arbeitswilligen — es braucht dabei weiter gar nichts vorgekommen zu sein — bringt drei Wochen oder einen Monat Gefängnis. So sind bisher 3½ Jahre Gefängnis über unsere Kollegen ausgesprochen worden. Trotzdem rühmt sich die Remscheider Polizeibehörde, die diese Anklagen veranlaßt hat, mit ihrer Unparteilichkeit in diesem Kampfe. Was der Leiter dieser Behörde unter Unparteilichkeit versteht, das mögen die Götter wissen. Die Streikenden verspüren nichts davon, sonst müßte schon mindestens mancher Fabrikant wegen Mißhandlung der Streikposten in Anklagezustand versetzt worden sein. — Die Firma Frohwein & Co. in Radevormwald versucht, die Oeffentlichkeit irrezuführen, indem sie Flugschriften verteilen läßt, die ganz entstellte Angaben über die Forderungen und die bisherigen Verdienste der Streikenden enthalten. Da nun unsere Kollegen nicht zum Verrat zu bewegen sind, versucht man jetzt, aus allen Gegenden Deutschlands Streikbrecher heranzuziehen. Alle Arbeitsnachweise und Herbergen werden angehalten, Ungelernte und Arbeiter jeden Berufes nach hier abzuschieben. Es gilt also jetzt, den Zuzug, nicht nur von Feilenarbeitern, sondern von Arbeitskräften überhaupt fernzuhalten. Geschieht das, dann wird es gelingen, die Fabrikanten zu Geständnissen zu bewegen.

Former.

Neugersdorf i. S. Die Eisengießerei von Thiele & Lindner suchte vor kurzem Former in einer schlesischen Zeitung, obwohl genug Kollegen bei der Firma um Arbeit nachsuchten. Diese wurden aber nicht eingestellt. Man kommt deshalb unwillkürlich zu der Vermutung, daß der Meister, Herr Richter, die Former, die um Arbeit nachsuchen, für zu alt hält, wenn sie schon einen großen Schnurrbart haben, er will nur junge Leute haben, mit denen er nach seinem Belieben schalten und walten kann. Wir haben eine Anzahl Lohnbücher dieser jungen Former eingesehen und festgestellt, daß Wochenverdienste von 8 bis 15 M. keine Seltenheit sind; selten sind die Löhne von 15 bis 25 M., einmal sogar 33 M. (zurückgerechnet auf 13 Wochen). Die Former, die aus einem festen Arbeitsverhältnis durch diese Inserate hierher gelockt werden, erleben in der Regel eine bittere Enttäuschung. Die Zustände bei dieser Firma sind eben nicht rosige zu nennen. Im Jahre 1907 wurde durch eine Bewegung zum Teil das erreicht, was die allgemeine Formerbewegung im Jahre 1906 anderwärts gebracht hatte, unter anderm, daß die Former bei unverschuldetem Ausschuß zwei Drittel des Akkordlohnes erhalten und bei neuer Arbeit der Preis zwischen Meister und Former vor Inangriffnahme des Stückes festgesetzt wird und eventuell der Arbeiterausschuß zuzuziehen ist. Diese für die Kollegen wichtige Errungenschaft versucht der Meister fortwährend zu umgehen. Kollegen, die ihr gutes Recht sich nicht nehmen lassen, erhalten nach langem Streiten ihre zwei Drittel bei unverschuldetem Ausschuß; in einem Falle wurde die Hälfte gezahlt. Wie der Meister auf den Gedanken kommt, die Hälfte zu bezahlen, ist uns unerfindlich. Entweder ist der Ausschuß verschuldet oder nicht; zahlt der Meister die Hälfte, so trifft den Former keine Schuld, das stellt der Meister damit fest. Eine Anzahl Former erhält überhaupt keinen Ausschuß bezahlt, obwohl zweifelsfrei feststeht, daß sie ein Verschulden nicht trifft. Das sind hauptsächlich jüngere Kollegen, denen, wenn sie ihr gutes Recht geltend machen, mit der Entlassung gedroht wird. Doch passiert das auch älteren Kollegen. Drei Former haben vor längerer Zeit gemeinsam ein großes Stück angefertigt, es wurde für gut befunden und brachte 260 M. Vor kurzem wurde diesen Kollegen eröffnet, daß das Stück nicht zu gebrauchen sei und es sollten ihnen die schon gezahlten 260 M. ratenweise vom Lohne abgezogen werden. Hundertundvierzig Mark waren schon abgezogen, als uns dies bekannt wurde. Nun kommt aber das merkwürdige, das diese Handlungsweise in das richtige Licht stellt. Das Stück wurde wieder angefertigt, aber mit dem Unterschied, daß das Modell umgearbeitet war, die Seite, die früher oben war, kam jetzt nach unten. Es ist dadurch festgestellt, daß die drei Former keine Schuld treffen kann, wenn infolge der Konstruktion des Modells der Einguß auf der Seite erfolgen muß, wo das Stück abgedreht wird und vollständig rein sein muß. Aus diesen Gründen müßte die Firma die 140 M. sofort zur Auszahlung bringen, um so mehr, da ihr zur Einbehaltung des verdienten Lohnes kein gesetzliches Recht zur Seite steht. Wenn neue Arbeit kommt und noch kein Preis festgesetzt ist, so will der Meister erzwingen, daß erst die Arbeit und dann der Preis gemacht wird. Man könnte dieses hinnehmen, wenn der Meister nicht imstande wäre, das Stück zu kalkulieren, er dann aber den Stundenlohn garantieren würde. Aber nichts von alledem, der Meister sagt: „Machen Sie das Stück, Sie werden Ihr Geld verdienen." Ein Former glaubte einmal diesen Worten und fertigte ein Stück ohne vorherige Vereinbarung des Preises an, er brauchte hierzu 3 Tage ohne Anspornen, der Meister setzte den Preis auf 6,50 M. fest und alles Verhandeln war erfolglos. Daß die Former auf diesen Leim nicht mehr gehen, ist klar, es kommt bei jedem neuen Stück zu ernsten Differenzen und die betreffenden Former stehen dann vor ihrer Entlassung. Nur bei Formern, die der Meister nicht entbehren kann, wird jetzt der Preis vorher gemacht. Wir meinen, daß der Preis für eine Arbeit gemacht werden muß, bevor sie in Angriff genommen wird, das ist eine Selbstverständlichkeit, um so mehr, da auch hier das Versprechen der Firma vorliegt. Gerade der Umstand, daß die Firma ihr gegebenes Wort vom Jahre 1907 nicht immer hält oder es zuläßt, daß der Meister Richter das gegebene Wort der Firma mißachtet, zwingt uns, die Oeffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, um den Kollegen diese Zustände vor Augen zu führen.

Gold- und Silberarbeiter.

Hamburg. Im Frühjahr vorigen Jahres beabsichtigte Herr Richter, Inhaber der Goldwarenfabrik A. F. Richter in Hamburg, anstatt der durchgehenden neunstündigen die geteilte 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Damit war die ganze Arbeiterschaft sehr unzufrieden, ganz besonders die Arbeiterinnen. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wurden drei Betriebsversammlungen einberufen, die gut besucht waren. Alle Versammlungsredner machten energisch Front gegen die Arbeitszeitverschlechterung. Auch wurden verschiedene andere Mißstände im Betriebe besprochen, unter andern das sogenannte „Dividendensystem". Herrn R. beliebt es, für Ueberstunden keinen Aufschlag zu zahlen. Dividende bekommt nur, wer nach vollendetem 21. Lebensjahre zwei Jahre im Betriebe tätig ist. Besonders hart trifft dies die Arbeiterinnen; tritt zum Beispiel eine Arbeiterin mit 16 Jahren in den Betrieb ein, so gelangt sie erst im 23. Jahre, also nach sieben Jahren, in den Genuß der Dividende. Die Höhe der Dividende wird nur von Herrn R. bestimmt. Ausgezahlt wird das Geld nicht, sondern gutgeschrieben. Die Arbeiterschaft ist in dieser Sache ganz der Willkür des Herrn R. unterworfen. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Arbeiter, die viele Ueberstunden machten, weniger Entschädigung bekamen, als bei Herrn R. besonders beliebte Arbeiter mit bedeutend weniger Ueberstunden. Man kann es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie sich diese Ungerechtigkeit nicht mehr wollten gefallen lassen, und sie beschlossen deshalb, 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden zu fordern. Ueberstunden werden sehr viel in diesem Betrieb gemacht, ein halbes Jahr lang waren es täglich zwei bis drei Stunden. Die Versammlungen sprachen sich auch gegen das Ueberstundenunwesen aus. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht war den Arbeitern nicht gestattet, jeder mußte bei Arbeitseintritt schriftlich erklären, daß er keiner Organisation angehöre. Wie erstaunt war aber Herr R., als er nun doch einmal erfuhr, daß so mancher seiner Arbeiter es mit der Unterschrift nicht ernst nahm und sich nicht verblüffen ließ. Der Arbeiterausschuß mußte Herrn R. die Wünsche der Arbeiter unterbreiten. Es hielt sehr schwer, Herrn R. zu einer Verhandlung mit dem Ausschuß zu bewegen, er wich immer aus. Der Ausschuß erreichte damals, daß eine Maßregelung zurückgenommen, das Koalitionsrecht anerkannt wurde und die Arbeitszeit bestehen blieb. Vorher kam es aber zu heftigen Auseinandersetzungen. Als Herr R. nun merkte, daß sich seine Leute nicht so leicht abweisen ließen (die Unzufriedenheit war zu groß), hielt er in allen Abteilungen Ansprachen. In einer gleich darauf abgehaltenen Betriebsversammlung war von einem Erfolge der Ansprachen nichts zu merken, die Gemüter waren noch keineswegs beruhigt. Man verlangte 25 Prozent Aufschlag für Ueberstunden. Da erklärte Herr R.: „Wer Prozente wünscht, möge sich in eine Liste eintragen, sie sollen dann auch bezahlt werden." Herr R. war sehr erstaunt, daß das nach seiner Meinung so beliebte Dividendensystem mit einem Male so viele Gegner hatte. Jetzt berief er nach Feierabend in seinen Betrieb (Lagerraum) selbst eine Versammlung ein und versuchte mit schönen Worten sein Dividendensystem zu verherrlichen. Er forderte mehrere Male die Versammelten auf, sich ungeniert zum Worte zu melden, niemanden solle etwas geschehen. Leider gelang es Herrn R. durch gut gewählte Worte, so manchen, der bis dahin energisch für Prozente eintrat, wieder umzustimmen. Wie Herr R. aber sein Wort wegen der ungenierten Wortmeldung hielt, das beweisen die Maßregelungen. Es wurden davon natürlich nur „zufällig" Leute betroffen, die jahrelang zur Zufriedenheit des Herrn R. ihre Arbeit verrichtet hatten. Entlassungsgründe waren: „Es ist für Sie keine Arbeit mehr da." „Sie sind ein unzufriedener Mensch, solche Menschen kann ich in meinem Betriebe nicht gebrauchen." Die Unzufriedenheit des Herrn R. zu erwerben ist sehr leicht, es genügt, sich mit seinen Anschauungen nicht einverstanden erklären zu können. Widerspruch kann Herr R. nicht vertragen. Ein Goldschmied entpuppte sich als Heimarbeiter, von einem Kollegen hierüber zur Rede gestellt, antwortete der Heimarbeiter mit einem Hagel von Schimpfwörtern. Der brave Auchkollege lief dann sofort zu Herrn R. und denunzierte unseren Kollegen wegen Belästigung. Prompt erfolgte durch Herrn R. die Kündigung des Uebeltäters. Mit einem Male war Herr R. mit der Arbeit des Kollegen nicht mehr zufrieden, obwohl dieser mehrere Jahre im Betriebe tätig war und keine Klagen gegen ihn erhoben wurden. Die Akkorde lassen teilweise auch sehr zu wünschen übrig, es sind Fälle vorhanden, wo fleißige Arbeiter einige Mark unter ihrem Lohne verdienten. Einen krassen Fall möchten wir besonders beleuchten. Ein Kollege, dessen Frau, nebenbei bemerkt, ebenfalls längere Zeit bei Herrn R. beschäftigt war, erkrankte an einer Brustfellentzündung und meldete sich bei Herrn R. krank. Der Kollege bekam die Antwort: „Es ist gut, Herr R." Sechzehn Tage war der Kollege arbeitsunfähig. Grund der Erkrankung war schlechte Aufstellung der Maschine, so daß die eine Körperseite des Kollegen der Dampfheizung und die andere ständiger Zugluft durch eine nicht zu schließende Türe ausgesetzt war. Nach achttägigem Kranksein sandte Herr R. an den Kollegen einen Brief folgenden Inhalts: „Herrn R. Da Sie in der hilden Zeit fehlen, bin ich gezwungen, Ihren Posten anderweitig zu besetzen und kündige Ihnen hiermit auf 26. November Ihre Stellung." Die Frau des Kollegen konnte es nicht fassen, daß dies der Kündigungsgrund sei und wandte sich ohne Wissen ihres Mannes schriftlich an Herrn R. Nun bekam sie folgenden Brief zugestellt: „Frau R. Ihre gestrigen Zeilen habe ich erhalten und bedaure ich persönlich sehr, daß Sie durch die Kündigung, welche ich Ihrem Manne erteilen mußte, in mißliche Verhältnisse geraten. Indessen glaube ich nicht, daß Ihr Mann bedauert, aus meinem Betrieb ausscheiden zu müssen, da er häufig Gelegenheit genommen hat, sich über die Verhältnisse in meinem Hause abfällig zu äußern. Ich zweifle nicht, daß es ihm bei seiner persönlichen Tüchtigkeit gelingen wird, eine andere Stellung zu finden, welche ihn, Sie und Ihr Kind befriedigend ernähren wird. Sollten Sie selbst persönlich aber infolge dieser Kündigung in Not geraten, so bitte ich Sie, sich mit Vertrauen persönlich an den Schreiber dieses, Herrn August Richter, zu wenden, der Sie gern in bescheidenen Grenzen unterstützen wird. Achtungsvoll Aug. F. Richter." Zu diesem Briefe ist wohl jeder Kommentar überflüssig. Von den Kündigungen sind mehrere Mitglieder des Arbeiterausschusses betroffen worden. Dieser ist seit längerer Zeit nicht mehr vollzählig, ergänzt ist er aber bis heute noch nicht worden. — Diese in vorstehenden Zeilen geschilderte Handlungsweise des Herrn R. zwang uns, den Betrieb für bestimmte Branchen zu sperren, und zwar zurzeit für Goldschmiede, Presser und Hilfsarbeiter, um Herrn R. mit unzufriedenen Arbeitern zu verschonen. Hoffentlich hat das geschilderte Verhalten des Herrn R. gegen die Arbeiterschaft den Erfolg, daß unseren Kollegen und Kolleginnen die Augen geöffnet werden und sie einsehen lernen, daß nur eine starke Organisation diesen Machtgelüsten einen Riegel vorschieben kann. Darum, Kollegen und Kolleginnen, seid einig, und tretet ein in die Organisation. Tut ihr dieses, so gibt es auch Frieden in dem Betriebe des Herrn Richter.

Metallarbeiter.

Aalen. In dem Bericht in Nr. 1 über die Krankenkasse der Firma Gebrüder Simon wird über die Verwaltung gesagt: Der Sohn des Herrn Simon ist Kassier und der Herr Simon selbst ist Revisor. Das ist ein Irrtum; es muß statt dessen heißen: Der Sohn des Werkführers Hadam ist Kassier und der Werkführer Hadam selbst ist Revisor.

Göppingen. Am 9. Januar hielten die Arbeiter der Werkzeugmaschinenfabrik von Gebrüder Böhringer eine zahlreich besuchte Versammlung ab, um zu den angekündigten und den bereits durchgeführten Akkordreduktionen Stellung zu nehmen. Die in verhältnismäßig kurzer Zeit schwer reich gewordene Firma hat anscheinend noch nicht genug. Nach Aeußerungen einiger Meister soll eine allgemeine Reduktion der Akkorde vorgenommen werden. Zur Begründung wird auf die hohen Transportkosten der Rohmaterialien und die Konkurrenz, die angeblich billiger liefere, hingewiesen. Diese Ausreden hört man von jedem Unternehmer, sobald ein Arbeiter höheren Lohn fordert oder wenn Akkordreduktionen schmackhaft gemacht werden sollen. Ueber die Berechtigung dieses Einwandes zu streiten ist nicht unsere Aufgabe. Für uns kommen die örtlichen Lebensverhältnisse in Betracht und diese lassen keine Reduktion zu, sondern erfordern dringend eine Erhöhung der Verdienste. Bei den Drehern sind Akkordreduktionen etwas alltägliches. Drehermeister H. hat darin eine große Virtuosität. Zur Abwechslung kommen nun die Hobler, Bohrer rc. an die Reihe, denen Akkordreduktionen von 10 Prozent und noch höher zugemutet werden. Um die plausibel zu machen, sollen künftig die Akkorde nur in Halbdutzend und Dutzend Stücken ausgegeben werden. Auf diesen Leim kriechen die Arbeiter nicht. Die Verdienste bewegen sich bei Böhringer mit wenig Ausnahmen unter dem Durchschnitt der in der Werkzeugindustrie bezahlten. Die Fabrikate der Firma sind durch ihre Präzision weitbekannt geworden. Die Betriebsleitung scheint

zu glauben, daß Akkordreduktionen die Genauigkeit der Arbeit erhöhen. Wenn an Betriebskosten gespart werden soll, dann mag sich die Betriebsleitung hierfür andere Objekte aussuchen als die Arbeiter, diese lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, noch weitere Akkordreduktionen anzunehmen. Auch mutet man den Arbeitern zu, Ueberstunden zu machen. Dadurch sollen wahrscheinlich die Akkordreduktionen weniger fühlbar im Verdienst gemacht werden, der sonst zu gering ausfallen würde. Vor einigen Tagen war aber angeblich noch Mangel an Arbeit. Die Manöver mit den Ueberstunden sind also zu durchsichtig, auf diese fallen die Arbeiter nicht herein. Zu verwundern ist das Verhalten der Betriebsleitung nicht, gab es doch bisher immer noch Arbeiter, die aus solchen Vorkommnissen nicht die richtige Konsequenz zogen und die auch heute noch der Organisation gleichgültig gegenüberstehen. Ueber den Betrieb wird nun von uns so lange die Sperre verhängt, bis die Akkordreduktionen zurückgenommen sind. Zuzug von Schlossern, Drehern, Maschinenarbeitern 2c. ist strengstens fernzuhalten!

Hall (Schwäbisch). Von unserer Badestadt ist bis jetzt noch wenig im Verbandsorgan zu lesen gewesen. Deshalb könnte man wohl glauben, daß die Kollegen, die das Glück haben, hier beschäftigt zu werden, aller Sorge ums tägliche Brot enthoben seien. Lüften wir also den Schleier ein wenig, werfen wir einen Blick in die verschiedenen Betriebe, so wird einem ganz unheimlich zumute, denn man sollte es nicht für möglich halten, daß mit dem geringen Einkommen, das die hiesigen Metallarbeiter haben, auszukommen ist. Was die allgemeinen Verhältnisse betrifft, so sind sie in mancher Beziehung teurer und schlechter als in einer Großstadt. Man trifft Wohnungen an, die jeder Beschreibung spotten. Kommt man zu einem Kollegen und macht ihn auf das Unwürdige seiner Lage aufmerksam, so bekommt man gewöhnlich die Antwort: „Es hat ja doch keinen Wert," oder: „Wenn der und der mitginge" und was dergleichen Ausreden mehr sind. Es sind aber nur Gleichgültigkeit, Mißtrauen und persönliche Reibereien, die viele Kollegen nicht zur Organisation kommen lassen. Nun zu den Arbeitsverhältnissen. Die Firma Groß (Eisenwarenfabrik) steht an erster Stelle. Sie beschäftigt zirka 150 bis 180 Arbeiter. Um „seinen" Arbeitern die richtige Neujahrsfreude bereiten zu können, ließ der Herr Unternehmer am 30. Dezember durch Anschlag bekannt geben, daß von jetzt an statt aller 8 Tage 14tägiger Zahltag sei. Wahrscheinlich will Herr Groß durch diese Maßregel seine Leute zum besseren Sparen anhalten. Aber mit den hohen Löhnen, die er zahlt, sollte man eigentlich schon etwas ausrichten können, erhalten doch ausgelernte Schlosser den hohen Stundenlohn von 25 bis 30 ₰, ältere verheiratete 32 bis 36 ₰, ungelernte Arbeiter werden sogar schon mit 18 ₰ die Stunde eingestellt. Daß dieser Betrieb ein reiner Taubenschlag ist, beweist die fortwährende Arbeitersuche in den verschiedenen Zeitungen. In der Gießerei sind die Verhältnisse nicht besser. Die meisten der dort beschäftigten Kollegen arbeiten an Formmaschinen im Akkord. Was da alles geleistet wird und wie da die Kollegen mit ihrer Gesundheit umgehen, kann nicht beschrieben werden. Die wenigen Kollegen, die dort organisiert sind, sind vollständig machtlos. Von einer geregelten Arbeitszeit ist keine Rede, Mittagspause gibt's nicht oder sie wird nicht gemacht, wenn der Tag zur Neige geht, dann schreibt man in sein Buch: zehn Stunden gearbeitet, aber 12 und 13 Stunden sind gearbeitet worden. Das ist der größte Schaden für die Arbeiter. Denn es ist doch selbstverständlich, daß dann Herr Groß von Zeit zu Zeit die Akkorde „reguliert". Auch sind in diesem Betrieb noch Mißstände vorhanden, daß sich die Fabrikinspektion den Dank der Arbeiter erwerben könnte, wenn sie einmal nach dem Rechten sehen würde. Infolge schlechten Abzugs am Trockenofen können die dort entstiegenden Gase nicht entweichen und so kam es, daß am 2. Januar durch ausströmende Gase neun Mann betäubt wurden und dann einige von ihnen mit Fuhrwerk nach Hause geschafft werden mußten. Von Kleiderschränken und Waschvorrichtungen ist nichts vorhanden. Auch die Zuträgerei steht da in schönster Blüte. Doch genug von Groß. Wir werden später vielleicht noch mehr davon erzählen. Im nahen Steinbach sind die Verhältnisse nicht viel besser gelagert. Dort ist aber die Zersplitterung der Kollegen eine zu große. Sind doch viele von ihnen im evangelischen oder im katholischen Arbeiterverein. Diese Zerfahrenheit nutzt die Firma zu ihren Gunsten aus. An den Kollegen selber liegt es, diesem Spiel ein Ende zu machen. Das kann natürlich nur durch eine intensive Agitation geschehen. Es ist zu hoffen, daß wir in nicht allzulanger Zeit besseres berichten können, denn es dämmert dort bereits. Und nun, Kollegen von Hall, die ihr eure Lage schon erfaßt habt: agitiert, werdet Kämpfer, besucht die Versammlungen, die in nächster Zeit stattfinden, fleißig! Dann werdet ihr sehen, daß auch wir vorwärts kommen. Ohne Kampf kein Sieg!

Herford. (Zum Streik bei Niebaum & Gutenberg.) Zwischen den Organisationsvertretern und der Firma fanden am Mittwoch den 4. Januar unter Leitung des zweiten Bürgermeisters, Herrn Dr. Heß, Verhandlungen statt, die leider ergebnislos verlaufen sind. Die Firma war bereit, bei einem Teile der Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 bis 7 Prozent eintreten zu lassen, doch erklärte sie zugleich, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht wieder eingestellt werden könnte. Eine am Donnerstag den 5. Januar abgehaltene Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten war einmütig der Meinung, daß diese Art Friedensschluß geradezu einem Verrat an den Kollegen gleichkäme, die auf der Straße bleiben sollten. Ganz abgesehen davon, daß eine Lohnerhöhung von 2 Prozent bei den bekannten erbärmlichen Löhnen, die bei der Firma Niebaum & Gutenberg gezahlt werden, als eine Verhöhnung bezeichnet werden muß. In der Verhandlung war von Herrn Niebaum die weitere Erklärung abgegeben worden, daß, wenn sich die Ausständigen nicht fügten und die Arbeit zu den gestellten Bedingungen wieder aufnehmen, die Firma Arbeiter von außerhalb kommen ließe. Die Arbeitervertreter entgegneten Herrn Niebaum, daß die Firma für die in Aussicht genommenen Streikbrecherkolonnen ganz andere Löhne zahlen müsse. Nachdem nun die Verhandlungen endgültig gescheitert sind, hat die Firma Niebaum & Gutenberg ihr Vorhaben, Berufsstreikbrecher kommen zu lassen, wahr gemacht. Am Freitag den 6. Januar haben 32 ihren Einzug in die Fabrik gehalten. Dem hiesigen Gewerkschaftssekretariat war allerdings der Entschluß der Firma durchaus nicht überraschend gekommen. Schon am Montag den 2. Januar traf die Meldung ein, daß der Streikbrecheragent Gottfried Ferber aus Barmen nach Herford unterwegs sei. Dieser Mann ist dann auch im Laufe des Nachmittags hier eingetroffen und er wurde von Herrn Reinhard, dem Prokuristen der Firma Niebaum & Gutenberg, in ein Hotel begleitet. Am Dienstag, mittags 1½ Uhr, ist der Herr per Auto wieder abgereist; das Geschäft war abgeschlossen. Erst außerhalb Herford hat Gottfried Ferber sich zu erkennen gegeben. Er hat unserm Gewährsmann gesagt, daß mit der Firma Niebaum & Gutenberg keine guten Geschäfte zu machen seien. Er habe ja allerdings seine 300 ℳ von dem Prokuristen Reinhard bekommen, die Firma gelze jedoch zu sehr mit den Löhnen; sie habe weitere 30 Mann haben wollen der Preis sei ihr jedoch zu hoch gewesen. Bei dieser Gelegenheit plauderte auch Ferber aus, daß man ihn überall nachspüre; er sei verfemt, aber er verlasse sich auf seine Waffen. Wenn er in Gesellschaft komme die ihn kenne, weiche man ihm aus! Die Streikbrecher sind am Freitag den 6. Januar von Hameln mit dem Sechsuhrzuge morgens hier angekommen und haben ihre Tätigkeit begonnen. Wie sich die Herforder Arbeiterschaft mit diesen „nützlichen" Elementen abfindet, ist genau vorgezeichnet — sie geht ihnen nach Möglichkeit aus dem Wege. — Wie das Vorgehen der Firma Niebaum & Gutenberg eingeschätzt wird, möge folgendes Vorkommnis beweisen. Die Firma hatte bei Herrn Albert Dörnte eine Anzahl Betten für ihre Schützlinge bestellt. Bei dem Gedanken, was wohl die Herforder Bürgerschaft dazu sagen werde, wenn er für die Streikbrecher Betten liefere, mag Herrn Dörnte doch wohl ein Gefühl der Scham überkommen sein; er lehnte es deshalb ab, die Betten direkt in die Fabrik zu liefern. Er bekam dann den Auftrag, die Betten in die Herberge zur Heimat zu schicken. Der Verwalter der Herberge war nun sehr überrascht, eine Fuhre Betten zu bekommen, von deren Bestellung ihm nicht das geringste bekannt war. Da läutete aber auch schon das Telephon, Herr Reinhard ersuchte die Herbergsverwaltung höflichst, die Betten von Herrn Dörnte anzunehmen; er werde sie abholen lassen. Dieses Ansinnen wurde aber von der Herbergsverwaltung mit der Begründung abgelehnt, daß sie nicht zu solch schmutzigen Sachen die Hand bieten wolle.

Rastatt. Der Kampf der Arbeiter der hiesigen Waggonfabrik dauert unverändert fort. Die Firma ist auch immer noch auf der Suche nach Arbeitswilligen. 36 ℳ Wochenlohn werden jetzt schon den Rausreißern, die überhaupt etwas leisten können, geboten. Aber es finden sich wenige. Die Firma ist bis jetzt lediglich auf die von der Witwe Müller gelieferten Elemente angewiesen. Diese fühlen sich aber auch als Herren der Situation. Unter dem Schutze der Polizei verüben sie ihre Heldentaten. In Nr. 51 vorigen Jahres haben wir mitgeteilt, daß die Streikbrecher in der Fabrik einquartiert sind, da den Streikbrechern vom Bürgermeisteramt (im Interesse der Einwohnerschaft von Rastatt) verboten ist, sich aus der Fabrik zu entfernen. Dem Verbot zuwider brechen sie aber aus und verüben dann ihre Heldentaten. Die Anweisung im Ausbrechen erhalten sie von denen, die schon aus Zuchthäusern ausgebrochen sind und steckbrieflich verfolgt werden. Auch solche Elemente streikbrechern hier unter dem Schutze der Polizei. Am 26. Dezember erfolgte der erste Ausbruch. Mit in der Fabrik angefertigten Dolchen und mit Revolvern bewaffnet stürmten sie die Wohnhäuser in der Nähe der Fabrik. Einer der Streikbrecher, genannt „großer Tony", machte den Anführer. Er kommandierte unter anderm: Leute, Revolver heraus, losschießen! und eine Salve nach der andern krachte. So ging es eine ganze Weile — aber keine Polizei war zu sehen. 30 Meter davon entfernt, im Portierhaus der Fabrik, saßen vier Schutzleute, die sich bei dem Spektakel nicht blicken ließen. Am 2. Januar brachen mittags wieder 24 Hamburger aus, auch da war der „große Tony" der Anführer. Lärmend zogen sie durch die Stadt. „An die Gewehre!" kommandierte der „große Tony"; am hellen Tage, in der belebtesten Straße verrichteten sie ihre Notdurft — aber Polizei war nicht zu sehen. Dann zogen sie nach dem Bahnhof, und dort erklärte ein Polizist: „Die Hamburger sind doch anständige Kerle." Ein weiterer Fall: Ein Monteur hatte abends ½12 Uhr noch eine Arbeit zu verrichten. Wenige Schritte von seiner Wohnung entfernt wurde er von zwei Hamburgern mit Dolchen angefallen. Er ging zu seiner Wohnung zurück und holte sich zu seinem persönlichen Schutz einen Hirschfänger. Als er wieder auf die Straße trat, wurde er von fünf Hamburgern angefallen, die aber diesmal von der Polizei vertrieben wurden. Des weiteren wurde aber auch der Monteur nach der zur Polizeistation eingerichteten Portierstube gebracht, wo ihm der Hirschfänger abgenommen wurde. Der Polizist sagte: „Zum Waffentragen sind wir da." Als aber am 15. Dezember ein Trupp Streikbrecher kam und die Polizei darauf aufmerksam gemacht wurde, daß einer der Streikbrecher einen Dolch in der Hand habe, sagte die Polizei: „Wenn er das Alter hat, darf er Waffen tragen." Anständigen Arbeitern, die zum Schutze gegen dieses Gesindel eine Waffe tragen, wird sie abgenommen — das Hamburger Gesindel, das anständige Leute mit den Waffen bedroht, darf Waffen tragen. Wir haben es herrlich weit gebracht. Wegen all dieser Vorgänge hat sich der Genosse Kolb in einem offenen Brief an den Minister Bodmann gewandt. Die Antwort, die er erhalten hat, ist einzig. Die Polizei weiß nämlich von diesen Vorgängen nichts! Das Musterländle ist wert, eine preußische Provinz zu werden und die Polizei in Rastatt könnte der Berliner „Jagowgarde" einverleibt werden. Recht „patriarchalisch" muß das Verhältnis des Herrn Direktors Jacobs und seiner Meister und Ingenieure zu den Hamburgern sein. Wir sind im Besitz von Photographien, auf denen die Hamburger Müllergarde in trauter Harmonie mit einem Teil der Meister und Ingenieure in der Uniform der Fabrikfeuerwehr zu sehen ist. Einer der Streikbrecher hat dem Direktor Jacobs mitgeteilt, daß er im Besitz eines Mittels sei, die Bank von Monaco zu sprengen. In edler Menschenfreundlichkeit und in der Erkenntnis, daß die durch die Streikbrecher geschwächten Finanzen der Fabrik aufgebessert werden müßten, bot er dem Herrn Direktor Jacobs dieses Mittel an. Die Antwort des Herrn Direktors wollen wir veröffentlichen, sie lautet: „Rastatt, den 20. Dezember 1910. Herrn Ochsmann, Hobler, Rastatt. Anliegend das gefällige Schreiben vom 20. dieses Monats höflichst zurück. Ich selbst habe nie gespielt und werde auch nie spielen, da ich den Grundsatz habe, daß man sein Fortkommen auf Arbeit aufzubauen hat. Ich werde niemand dazu raten, zu spielen, sondern vielmehr, wenn es in meinen Kräften steht, jeden davon abhalten. Hochachtend Waggonfabrik, Aktiengesellschaft. Jacobs." Dieses Schriftstück, von Herrn Jacobs eigenhändig unterschrieben, ist uns für fünf Pfennige verkauft worden. Wir haben aber zu den Grundsätzen des Herrn Direktors nicht sehr viel Vertrauen, weil er sie während des Streiks schon verschiedene Male gebrochen hat. Herr Jacobs ist Abstinent, den Streikbrechern aber läßt er haufenweise Bier in die Fabrik hineinbefördern. Obwohl nur ungefähr die Hälfte von Leuten beschäftigt ist als früher, ist der Bierkonsum in der Fabrik gestiegen. Nach uns zugegangenen Meldungen sollen aber die Streikbrecher auch schon eine Lohnbewegung in der Fabrik gemacht und der Herr Direktor da bewilligt haben. Wie sehr das Unternehmertum die Organe der öffentlichen Sicherheit für seine Privatzwecke in Anspruch nimmt, die Polizei also tanzen muß, wie das Unternehmertum pfeift, möge noch folgendes beweisen. Ein Schmied aus Heilbronn hat auf die Inserate der Firma hin an diese geschrieben, unter welchen Bedingungen er dort anfangen könnte. Die Firma teilte ihm die Löhne mit und schrieb weiter, wenn er komme, solle er sich an die am Bahnhof stehende Polizei wenden, die würde ihn sicher zur Fabrik begleiten. — Wie schon bemerkt, geht der Streik weiter; alle Versuche, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten bis jetzt an der Starrköpfigkeit des Direktors. Genau wie von den Unternehmern in Pforzheim ist auch hier die angebotene Vermittlung der Regierung abgelehnt worden. Unter der Motivierung: „Der Herr Direktor hat die Forderungen der Arbeiter als unannehmbar abgelehnt" hat auch der Metallindustriellenverband für Mittelbaden eine Vermittlung abgelehnt. Die Streikenden stehen nach wie vor fest zusammen und ersuchen die Kollegen allerorts, Arbeitsangebote der Firma abzuweisen. Mögen überall die Agenten der Firma mit der gebührenden Antwort nach Hause geschickt werden.

Werftarbeiter.

Linz (Oberösterreich). Auf der Linzer Schiffswerft gibt es wieder Arbeit. Seit diese einst so blühende Arbeitsstätte, die in den letzten Jahren aber auch schwere Zeiten mitzumachen hatte, in den Besitz der Triester Stabilimento tecnico übergegangen ist, macht sich ein regerer Geschäftsgang bemerkbar, der bisher besonders in baulichen Neuerungen und in der Einstellung vieler Arbeitskräfte seinen Ausdruck fand. Eine Arbeitsstätte zu finden und durch die Arbeit seiner Hände den Unterhalt für sich und die Seinen zu schaffen, ist ja des Proletariers Lebensaufgabe. Und so haben sich denn auch auf unserer Schiffswerft Arbeitsbrüder aller Kategorien und aus allen Gauen zusammengefunden. Wie die Arbeiter so recht zusammengehören, nicht nur in der Werkstatt, sondern auch außerhalb derselben, wie sehr die Arbeiterschaft von solidarischem Denken erfüllt ist, das konnte man bei den kürzlich abgehaltenen Versammlungen sehen. Da erschienen sie alle, wo immer sie auch her sein mochten. Etwa 250 Mann trafen sich zum Beispiel am Donnerstag abend in der Versammlung in der Schlachthofrestauration. Mit Recht konnte man hier wie der Dichter sagen: „Wer zählt die Völker, kennt die Namen, die gastlich da zusammenkamen." Da sind Schiffbauer aus Norddeutschland, Nieter aus Breslau, Leute aus Ungarn, aus Dänemark, aus Böhmen, die Mehrzahl aber sind Arbeiter aus unserem Oberösterreich und zum Teil auch aus anderen österreichischen Kronländern. Zum erstenmal trafen sie sich hier endlich außerhalb des Betriebes in einer großen Versammlung, die Schmiede, Schlosser, Gießer, Tischler, Nieter, Schiffbauer, Zimmerer, Hilfsarbeiter. Der Gewerkschaftssekretär Genosse Dametz begrüßte die Versammelten. Es freue ihn, sagte er, so viele Arbeitsgenossen hier versammelt zu sehen. Er entbot den fremden Arbeitskollegen die gastfreundlichen Grüße der Linzer Arbeiterschaft und forderte alle zu einmütigem, solidarischen Wirken auf. Dann ergriff Kollege Schorsch vom Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes in Wien das Wort. Dieser Redner erwähnt den Abschluß von Verträgen in verschiedenen Betrieben, unter anderm auch in der Korneuburger Schiffswerft. Mit Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Wiener Redners. Kollege Schorsch besprach eingehend das Wesen der Organisation und die Notwendigkeit des Anschlusses an dieselbe. Er hält auch die Verhältnisse in der hiesigen Schiffswerft für besserungsbedürftig. Doch erst sei der Anschluß aller Arbeiter an die Organisation die Hauptbedingung für einen Erfolg. In der Organisation haben die Arbeiter das Mittel zur Besserung der Zustände. Die Versammlung hatte für uns einen guten Erfolg. — Wir ersuchen alle zureisenden und auf der Schiffswerft Arbeit annehmenden Kollegen, sich sofort durch Vertrauensmänner im Betriebe bei uns zu melden.

Rundschau.

Hüttenarbeiterschutz.

Die Verwaltungsstelle Bochum unseres Verbandes hat im Auftrag einer großen Versammlung von Arbeitern des „Bochumer Vereins" eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Reichstag ersucht wird, den schon vor Jahren geforderten Schutz für Hüttenarbeiter in Angriff zu nehmen. Es wird sowohl der Schutz gegen Unfallgefahren, wie auch gegen Gesundheitsgefahren gefordert. Erneuten Anlaß zu dieser Forderung gab das entsetzliche Unglück in der Stahlgießerei des 7000 Arbeiter beschäftigenden „Bochumer Vereins" am 10. Dezember 1910, wobei, so heißt es in der Eingabe, während des Gießens das Gehänge einer Gießpfanne zerriß. Diese stürzte und ihr glühendflüssiger Inhalt verbrannte vier Arbeiter in gräßlicher Weise. Drei wurden förmlich überschüttet mit dem glühenden Fluß, versanken in ihm und starben sofort. Der vierte Arbeiter vermochte sich, brennend, noch etwas beiseite zu flüchten, erlag aber auch den erhaltenen fürchterlichen Brandwunden. Diese Katastrophe hat begreiflicherweise eine große Erregung in der Arbeiterschaft wachgerufen, zumal in dem Betrieb schon früher schwere Unfälle vorgekommen sind.

Wie von Fachleuten versichert wird, hätte das Unglück verhindert werden können, wenn: erstens das Gehänge von Zeit zu Zeit ausgeglüht worden wäre, um das Material elastischer zu erhalten. Die Bruchstelle zeigte die charakteristischen Merkmale hoher Sprödigkeit des Materials. Auf anderen, ähnlichen Werken wird die Manipulation des zeitweiligen Ausglühens der regelmäßig benützten Gehänge, Ketten, Haken, Zangen 2c. tatsächlich geübt. In dem fraglichen Betrieb des Bochumer Gußstahlwerks soll es auch geschehen sein — aber erst nach dem großen Unglück. Der Raum in der Gießerei sei so beschränkt, daß die Arbeiter über das Material stolpern. Das Jagen, Hasten und Antreiben sei so unvernünftig, daß Unglücksfälle nicht ausbleiben könnten.

Ueber die Arbeitszeit wird in der Eingabe gesagt, daß sie in der Regel noch eine zwölfstündige sei. Aus dem Bericht des Gewerbeinspektors gehe hervor, daß die weitaus meisten Feuerbetriebsarbeiter in der Großeisenindustrie genötigt seien, regelmäßige Schichten von 12 und 13 Stunden zu machen. 45,7 Prozent der fraglichen Arbeiter leisten obendrein noch Ueberzeitarbeit! Ein Fall wird verzeichnet, wo der betreffende Arbeiter sogar eine 27stündige Schicht absolvierte! Wohl hat die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 für die Großeisenindustrie gewisse Pausen vorgeschrieben, aber auch aus dem Bericht des Gewerbeinspektors ist zu entnehmen, daß die Werksleiter selbst Arbeitsunterbrechungen von 10 Minuten an als „Pausen" in Anrechnung bringen. Daß hierdurch der Zweck der Bundesratsverordnung, nämlich den Arbeitern regelmäßige Ruhezeiten innerhalb der Schicht zu verschaffen, illusorisch gemacht sei, bedürfe keiner Erläuterung.

Weiter klagt die Eingabe über die völlig unzulängliche Betriebskontrolle der Gewerbeinspektionsbeamten. Es wird zahlenmäßig bewiesen, daß die Unfälle in den Hüttenbetrieben von keiner Berufsgruppe, nicht einmal im Bergbau, erreicht würden. Die amtierenden Gewerbeaufsichtsbeamten seien laut eigenem Eingeständnis wegen Arbeitsüberhäufung nicht in der Lage, die Betriebe einer so eingehenden Kontrolle zu unterziehen, wie es mit Rücksicht auf die übliche Produktionsmethode nötig sei. Der Arnsberger Berichterstatter teilte mit, daß 1909 nur 1897 (52 Proz.) der zu inspizierenden Anlagen mit 189 694 (84 Proz.) Arbeitern besucht worden seien. Revidiert sei überhaupt 8231mal, gegen 8429mal in 1908; also ginge die Revisionstätigkeit noch zurück! Jeder Betrieb wurde im Jahre nur ein- bis zweimal besucht. Infolgedessen sei leicht erklärlich, warum zahlreiche Hütten- und Walzwerksarbeiter jahrelang keinen Gewerbeinspektor an ihrer Arbeitsstelle sehen! Es sei ihnen also keine Möglichkeit gegeben, den Revisionsbeamten an Ort und Stelle von dem Vorhandensein lebensgefährlicher Betriebsmißstände zu unterrichten. Sie wuchern weiter und zerstören Gesundheit und Leben der Arbeiter. So sei zu konstatieren, daß in den Jahren 1908 und 1909 bis zur Fertigstellung am 9. Mai 1909 eines Hochofens auf der Henrichshütte in Hattingen vierzehn Arbeiter zu Tode kamen. Die letzten vier erstickten infolge einer Gasentweichung, die sich hätte verhüten lassen können, wenn eine strenge Betriebskontrolle stattfand. Kaum eine Woche vergeht ohne schwere Hüttenwerksunfälle. Beispielsweise wurde am 23. Dezember 1910 auf den Westfälischen Stahlwerken in Bochum ein Reparaturschlosser unter einem Walzenblocktisch förmlich erdrückt! Am 27. Dezember 1910 wurde auf demselben Werke ein Vorarbeiter in einem Sammelloch für Drehspäne 2c. tödlich zerquetscht! Beinbrüche, Armquetschungen, Verbrennungen 2c. kommen auf den großen Eisenwerken alltäglich vor; eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 10 und für die Feuerbetriebsarbeiter auf 8 Stunden würden neben der Verschärfung der Betriebskontrolle zweifellos Besserung schaffen.

Ein anderer Uebelstand, die Unsicherheit der Entlohnung, trüge ebenfalls zu der Drangsalierung der Hütten- und Walzwerksarbeiter bei. In der Regel wisse keiner, für welchen Lohn er arbeitet, darüber werde bei der Arbeitsannahme nichts gesagt. Aber auch die Arbeiter, die lange auf dem Werke arbeiten und im sogenannten „Akkord" bezahlt werden, wissen selten vor dem Lohntag, was sie verdient haben. Wieviel ihnen pro 1000 Kilo Guß oder pro Stück an Akkordlohn verrechnet werde, das wissen diese Arbeiter nicht. Es werde mit ihnen kein regelrechter Akkord vereinbart, sie bekämen keinen schriftlichen Vertrag für den abgeschlossenen Akkord und daraus entständen fortwährend Differenzen. Es sei dringend zu wünschen, daß die Gesetzgebung hier regelnd eingreife, damit der Willkür ein Riegel vorgeschoben würde.

Wegen des Gesundheitsschutzes sagt die Eingabe weiter: In den meisten Fällen ist für den Schutz der Arbeiter gegen den quälenden Rauch, gegen Wind und Wetter keine oder nur mangelhafte Vorsorge getroffen. Hier und da sind in den letzten Jahren geschützte Aufenthaltsräume für die pausierenden Arbeiter hergerichtet worden, wo sie ihre Speisen zu sich nehmen, sich waschen und baden. Aber fast alle diese Einrichtungen sind durchaus unzulänglich, viel zu klein oder so gelegen, daß die Arbeiter sie nicht benützen können. Es ist zuzugeben, daß viele Arbeiter die Notwendigkeit und Wohltat eines regelmäßigen Gebrauchs der Badeeinrichtungen noch nicht erkannt haben und sie darum nicht benützen. Aber man würde mit einer entsprechenden Belehrung auf diese Arbeiter um so besser einwirken können, wenn ihnen die Benützung der sanitären Einrichtungen leichter gemacht würde. Heute müssen sie unter Umständen stundenlang auf den Zutritt zu den Reinigungsanstalten warten, weil sie viel zu klein sind. Es liegt aber durchaus im Interesse der Industrie, daß sie Einrichtungen schafft, die es in ausreichender Weise dem Arbeiter ermöglichen, seinen Körper zu pflegen, damit er widerstandsfähiger gegen die gesundheitsschädlichen Einflüsse des Betriebes wird. Dadurch würde ein Herabgehen der sehr hohen Krankenzahlen unter den Hütten- und Walzwerksarbeitern bewirkt und der Industrie eine leistungsfähige Arbeiterschaft erhalten werden. —

Zur Illustrierung der Zustände auf dem „Bochumer Verein" wird uns noch mitgeteilt, daß am 10. Januar ein Arbeiter, der während der Mittagsstunde in der Gießergrube des Bessemerwerks unter dem Konverter arbeitete, arg verbrannt worden ist. Als der Arbeiter unten am Schlackenwegschaffen war und man anzublasen anfing, flog die Dichtung am Konverter unten heraus und der Arbeiter bekam das flüssige Metall über den Körper gegossen. Er hatte noch die Kraft, aus dem Loche herauszulaufen, brach dann aber am Martinwerk zusammen. Nach den Angaben der Kollegen hatte er nur noch die Schuhe und den Leibriemen am Körper. Am Leibriemen hing noch ein Fetzen seines Anzuges. Der Arbeiter schrie wegen der Schmerzen fortwährend: „Schlagt mich tot, schlagt mich tot!" Der arme Mensch wird wohl inzwischen gestorben sein. Einem andern Arbeiter fuhr man am 2. Januar ein Bein ab!

Gewerkschaftliches.

Böttcher. Der Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands konnte am 1. Januar sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum feiern. Die Deutsche Böttcher-Zeitung, das Verbandsorgan, brachte in ihrer Nummer 1 einen Festartikel, der verschiedenes enthält, was von allgemeinem Interesse ist. Den Böttchern war es ebenso ergangen, wie den Metallarbeitern und den Arbeitern mancher anderer Berufe: ihre ersten Zentralorganisationen fielen dem Ausnahmegesetz zum Opfer. Am 1. Januar 1876 war in Leipzig der Bund deutscher Böttcher gegründet worden und war gerade dabei, sich kräftig zu entwickeln, als er auf Grund des Schandgesetzes aufgelöst wurde. In den folgenden Jahren war an die Neugründung eines Verbandes nicht zu denken. Als 1885 die Krankenkasse der Böttcher in Bremen ihre Generalversammlung abhielt, fand dort auch eine öffentliche Böttcherversammlung statt, die beschloß, daß ein neuer Zentralverband gegründet werden solle. Das weitere wurde den Bremer Berufsangehörigen überlassen. Diese hatten wegen des Verbandsstatuts große Schwierigkeiten bei den Behörden und erst vom 1. Januar 1886 an konnte mit der Gründung von Zahlstellen begonnen werden. Als diese endlich in einigen größeren Städten erfolgt war, brachen innerhalb des Vorstandes Differenzen aus, die auf der am 1. Januar 1887 in Kassel abgehaltenen Generalversammlung zu Auseinandersetzungen führten. Damals hatte der Verband in 16 Filialen 1800 Mitglieder, hauptsächlich in Norddeutschland. Nun kam man auch zur Gründung eines eigenen Verbandsorgans, während bisher der — Tabakarbeiter als solches hatte dienen müssen. Das neue Blatt erschien am 1. April 1887 zum erstenmal. Große Schwierigkeiten entstanden dadurch, daß der Vorstand seinen Sitz in Bremen, der Redakteur seinen in Berlin hatte und die Zeitung in München gedruckt wurde. Sämtliche Verbandsfunktionäre mußten selbstverständlich ihre Aemter neben ihrer täglichen Berufsarbeit ausüben, weil der Verband damals noch kein Geld hatte, Beamte anzustellen. Dieser Zustand dauerte drei Jahre, bis die Krankenkasse der Böttcher dazu kam, einen Vorsitzenden und einen Kassierer fest anzustellen. Nach der nicht ganz klaren Fassung des Artikels haben diese beiden dann wohl auch Verbandsgeschäfte besorgen müssen. Einen Schlag erlitt der Verband durch die neue Spiritussteuer, dieselbe, die den agrarischen Spritbrennern 40 Millionen Mark Liebesgabe brachte. Zweitausend bis dreitausend Böttcher, die auf Spritfässer arbeiteten, waren bis auf einige hunderte arbeitslos geworden. Der Verbandsausschuß glaubte nun, dem Verbande dadurch am besten über die schwere Zeit hinweghelfen zu können, daß er — den Beitrag erniedrigte. Es trat aber das Gegenteil von dem ein, was man erwartete, statt daß die außenstehenden Mitglieder in Scharen herbeiströmten, kehrte noch manches bisher treugebliebene Mitglied dem Verbande den Rücken, weil dieser nichts leisten konnte. Der Verband kam so in Schulden, daß der Drucker nicht mehr kreditieren wollte. Nunmehr wurde der Beitrag schleunigst auf 50 ₰ monatlich erhöht; es kam wieder Geld in die Kasse und die Böttcher hatten eine wertvolle Erfahrung gemacht.

In den folgenden Jahren wurde der Verband in schwere Kämpfe verwickelt. 1897 stellte er einen eigenen Beamten an, der als Vorsitzender und Kassierer fungierte. 1902 wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen; ebenfalls wurde ein Hauptkassierer angestellt. Es kam dann in der Folge noch zur Anstellung von vier Gauleitern und heute hat der Verband in 160 Zahlstellen ungefähr 8000 Mitglieder.

Schmiede. Die Redaktion der Schmiede-Zeitung sucht über ihren offenbaren Mangel an Stoff dadurch hinwegzukommen, daß sie auf unsere Notiz in Nr. 1 in ihrer Nr. 2 mit einem langen Wutausguß antwortet, bei dem sie die verschiedensten Dinge an den Haaren herbeizieht, um ihre Haltung zu bemänteln. Wir wollen hier nur ein paar Bemerkungen dazu machen, die volle Genugtuung für ihre Leistung wird der Schmiede-Zeitung gewiß von den verschiedenen Gegnern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zuteil werden. Es paßte der Schmiede-Zeitung nicht, daß wir schrieben, sie würde auch in Zukunft dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Knüppel zwischen die Beine werfen. Sie geberdet sich, als hätte sie so etwas noch nie getan. Unsere Kollegen wissen aber ein anderes Lied zu singen und wir wünschen nur, daß auf der nächsten Generalversammlung unseres Verbandes Zeit genug vorhanden sein möge, damit das Verhältnis zum Schmiedeverbande in aller Gründlichkeit öffentlich erörtert werden kann. Nun scheint der Schmiede-Zeitung aber doch von irgend jemand ein Licht darüber aufgesteckt worden zu sein, daß sie mit ihren renommistischen Angaben über die „großen Mittel" ihres Verbandes einen rechten Bock geschossen hat. Sie schreibt nämlich:

„Und wenn die Metallarbeiter-Zeitung dies dann zum Anlaß nahm, uns zur Korrektur aufzufordern, so mag das ihr Recht gewesen sein, aber die Handlung erinnert uns an die Manieren alter Fischweiber."

Der schöne Nachsatz vermag uns nicht aufzuregen. Jeder entnimmt seine Vergleiche bekanntlich dem, was ihm am nächsten liegt. Wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, die ganze Angelegenheit auch ferner so sachlich zu behandeln, wie wir es immer getan haben. Hoffentlich wird der Schmiedeverband aber nicht nur das Geld von der Generalkommission annehmen, sondern auch den schon wiederholt erhaltenen guten Rat befolgen, sich möglichst bald dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Sehr schön kleidet der Schmiede-Zeitung die Entrüstung darüber, daß wir darauf hinwiesen, daß unter den von der Generalkommission empfangenen 80 000 ℳ sich auch Gelder befänden, die aus den Kreisen der Mitglieder des bösen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stammen. Sie nimmt dies zum Anlaß, uns eine kleine Moralpauke zu halten. Wir bedauern sehr, daß die Schmiede-Zeitung ihre Lehrer an so Unwürdige verschwenden muß. Möchte doch der Redakteur der Schmiede-Zeitung zunächst bei sich selber anfangen. Da reitet er wieder auf einer im letzten Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes enthaltenen Bemerkung herum, die den Vorstand des Schmiede-Verbandes schon einmal veranlaßt hat, sich in Entrüstung zu stürzen, was denselben Vorstand allerdings nicht abhielt, wenige Wochen später mit dem Vorstand unseres Verbandes wegen der Verschmelzung in Verhandlung zu treten. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Rede auf die Stelle im Jahrbuch und der Vorstand des Schmiedeverbandes versprach, eine Untersuchung darüber anzustellen, wieweit die im Jahrbuch enthaltenen Angaben auf Wahrheit beruhen. Wir wissen nicht wie weit diese Untersuchung gediehen ist. Nach allgemeinem Gebrauch sollte man nun aber annehmen, daß in betreff dieser Angelegenheit zurzeit doch sozusagen Waffenstillstand herrsche und wir haben eine von der zuständigen Bezirksleitung unseres Verbandes in dieser Sache uns zugesandte Erklärung deswegen auch nicht abgedruckt. So etwas mag für andere Leute gelten; der Redakteur der Schmiede-Zeitung setzt sich jedoch darüber hinweg, obwohl er bei den erwähnten Verhandlungen selber zugegen war. Wie dürfen nun wir berechtigt, loszuleben, wenn wir uns die Schreibweise der Schmiede-Zeitung zu eigen machen wollten!

Emma Ihrer gestorben.

In der Nacht zum 8. Januar starb zu Berlin die Genossin Emma Ihrer, eine der ersten und der treuesten Vorkämpferinnen der deutschen Arbeiterinnenbewegung. Sie wurde am 3. Januar 1857 in Glatz geboren und wuchs in kleinbürgerlichem, streng katholischem Kreise auf. Früh erkannte sie die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen und betätigte sich dafür, obgleich ihr während des Ausnahmegesetzes polizeiliche und gerichtliche Verfolgungen nicht erspart blieben. 1891 gab sie ein Blatt mit dem Titel: Die Arbeiterin heraus, das später in Die Gleichheit umgewandelt wurde. In den letzten Jahren widmete sie sich mehr der gewerkschaftlichen Tätigkeit und gehörte unter anderm dem gewerkschaftlichen Frauenagitationskomitee an. Auch leitete sie als Vorsitzende des Verbandes der Blumen-, Blätter- und Putzfedernarbeiter und -Arbeiterinnen die Gewerkschaft einer Arbeiterkategorie, wo noch besonders schlechte Arbeitsbedingungen herrschen und die Organisationsarbeit sehr schwierig ist. Viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen werden dieser wackeren Vorkämpferin nachtrauern und ihr Andenken in Ehren halten.

Hirsch-Dunckeriana.

Saure Trauben. Diverse Hirsch-Dunckersche Führer gelüstet es nach Mandaten zum Reichstage, sie möchten ebenso wie christliche Gewerkschaftsführer sich auch im Parlament um die bürgerlichen Parteien verdient machen. Die „liberalen" Parteien haben aber nicht sehr viel Mandate zu vergeben, deshalb mußten sich bisher Hirsch-Dunckersche Führer mit Renommierkandidaturen in Durchfallskreisen zufrieden geben. Nun wurde berichtet, daß die Nationalliberalen im Wahlkreise Göttingen den Eisenbahnschlosser Ickler als Kandidaten aufgestellt haben, weshalb das Berliner Tageblatt darauf hinwies, daß im Wahlkreise Randow-Greifenhagen von den „Freisinnigen" der Hirsch-Dunckerianer Schumacher aufgestellt worden sei. Das Blatt fügt hinzu, daß es „im Interesse einer freudigen Mitarbeit der liberalen Arbeiterschaft beim nächsten Wahlkampf zu wünschen sei, daß auch in aussichtsvolleren Kreisen liberale Arbeiter aufgestellt werden".

Das gibt dem Gewerkverein Anlaß, in Nr. 4 seinen Schmerzen wie folgt Ausdruck zu geben:

„Wir können dem Berliner Tageblatt nur recht geben. Alle größeren Parteien sind ernstlich bemüht, Kandidaten aus den Kreisen der Arbeiterschaft aufzustellen und auch durchzubringen. Im Zentrum sitzen zahlreiche christliche Gewerkschaftsführer, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören hervorragende „freie" Gewerkschafter an. Selbst die Konservativen haben in Frankfurt a. O. den Versuch gemacht, einen Arbeiter in das Parlament zu entsenden. Nur die Hunderttausende von liberal denkenden Arbeitern haben keinen der Ihrigen in den Parlamenten. Da braucht man sich schließlich auch nicht darüber zu wundern, daß die Freude an der Mitarbeit bei Wahlen sich allmählich abkühlt und die liberalen Arbeiter hier und da Gewehr bei Fuß stehen und die Mitarbeit versagen. Das sollten sich auch die Führer der liberalen Parteien einmal durch den Kopf gehen lassen!"

Die Hirsch-Dunckerschen Führer werden sich schon damit abfinden müssen, nach wie vor als Steigbügelhalter der bürgerlichen Parteien zu fungieren und als solche behandelt zu werden. Die Bemerkungen des Gewerkverein zeigen aber auch, was von der „parteipolitischen Neutralität" der Gewerkvereine zu halten ist.

Vom Ausland.

Belgien.

Die belgischen Gewerkschaften hielten an den Weihnachtsfeiertagen ihren 12. Jahreskongreß im Volkshaus zu Brüssel ab. Es waren 205 Delegierte anwesend. Der Bericht des Sekretärs konstatierte einen Rückgang der Mitgliederzahl um etwa 8 Prozent, der hauptsächlich auf Rechnung der Bauarbeiter, der Kohlengräber des Centre und der Textilarbeiter von Verviers zu stehen kommt. Die Ursachen des Rückganges werden, wie aus der Debatte hervorging, in der abgelaufenen Krise und einem teilweisen Sinken der Löhne sowie der Zentralisation der Gewerkschaften und der Erhöhung der Mitgliederbeiträge gesucht. Daneben wurde auch ein tatsächlicher Rückgang auf das bestimmteste bestritten und behauptet, daß die Vereine in letzter Zeit bei weitem nicht für alle ihre Mitglieder steuern. Damit sind die wundesten Punkte der belgischen Gewerkschaftsbewegung berührt und zugleich die Gründe gegeben, warum der Kongreß in den Organisationsfragen keine markanten Fortschritte aufweist. Die Bewegung für eine Zusammenfassung aller Kräfte und eine Erhöhung der Beiträge gewinnt stetig an Terrain, aber ihre Gegner liefern immer noch Rückzugsgefechte, die ein rasches Vorgehen verhindern. Der Beitrag an die Gewerkschaftskommission betrug früher 5 und beträgt jetzt 10 Centimes im Jahr für das Mitglied. Das ist anerkanntermaßen viel zu wenig bei den großen Aufgaben der Zentrale, und dem Kongreß lag deshalb ein Antrag vor, den Beitrag auf 20 Centimes jährlich zu erhöhen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Gewerkschaftskommission habe ein Referendum über die beantragte Beitragserhöhung zu organisieren, die — im Falle der Bejahung — am 1. Juli 1911 in Kraft treten soll. Auch der jährliche Beitrag von 60 Centimes zum zentralen Widerstandsfonds für Streiks und Aussperrungen ist zu niedrig bemessen. Eine ergänzende Bestimmung, daß die Kommission im Bedürfnisfalle mehr erheben dürfe, sollte durch einen Antrag der Wollwäscher von Verviers, einer syndikalistischen Organisation, eingeschränkt werden, der die höchste Leistung eines Mitgliedes auf 1,20 Franken im Jahre fixiert hätte. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Antrag mit überwältigender Majorität verworfen.

In der wichtigen Frage der Verschmelzung der Berufsverbände zu Industrieverbänden kam man zu keinem Schlusse. Im Prinzip ist jedermann dafür, und tatsächlich ist auf verschiedenen Gebieten eine erfreuliche Konzentration im Werke, aber für eine systematische Durchführung seien — so wird behauptet — die Berufsorganisationen noch nicht reif genug. Der Gegenstand wurde der Gewerkschaftskommission zum weiteren Studium überwiesen. Auch in bezug auf die Arbeitervermittlung konnte man sich nicht einigen. Es waren zwei Richtungen vertreten. Die eine verlangte die Errichtung von Arbeitsbörsen durch die Gemeinde mit paritätischer Verwaltung, Vermittlung nur auf Grund der von den öffentlichen Gewalten festgesetzten Mindestlöhne und Einstellung der Vermittlung bei Streiks und Aussperrungen. Die andere fordert eine Arbeitsvermittlung ausschließlich durch die Gewerkschaften und läßt paritätische Arbeitsbörsen nur als Ergänzung und im Uebergangsstadium gelten. Nach langen Debatten wurde das Bureau der Gewerkschaftskommission beauftragt, eine Umfrage über die bestehenden Arbeitsbörsen und ihre Tätigkeit zu veranstalten und dem nächsten Kongreß darüber Bericht zu erstatten und Vorschläge zur Errichtung und Organisation von Arbeitsbörsen zu machen.

Zu dem Punkte „Heimarbeit" lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die aber nichts neues enthielten. In einer Resolution erklärt sich der Kongreß als unerbittlicher Gegner der Heimarbeit und fordert die Arbeitervereine und die Gewerkschaften auf, alle gesetzlichen Maßnahmen zu unterstützen, die auf ein Verschwinden dieser Produktionsform hinwirken. — Ein Antrag, den Kongreß in Zukunft nur noch alle zwei Jahre abzuhalten, wurde nach lebhaften Für und Wider verworfen. Einmütig waren alle Richtungen in einer Solidaritätskundgebung für den zum Tode verurteilten — nun zu sieben Jahren Gefängnis „begnadigten" — Durand.

Die Einführung des gesetzlichen Neunstundentages in den Kohlengruben hat zu ernsten Konflikten zwischen den Arbeitern und den Kohlenbaronen geführt. Die Arbeiter sind mißtrauisch gegen jede Neuerung, weil sie immer und überall — gewöhnlich mit gutem Recht — neue und schärfere Formen der Ausbeutung erblicken, und die Unternehmer verstehen es, alle Wasser der Welt — Arbeiterschutzgesetze nicht ausgenommen — auf ihre Profitmühlen zu lenken. Die Arbeiter beklagen sich über eine neue, schikanöse Grubenordnung mit ungelegenen Einfahrtszeiten und über Lohnverkürzungen. Sie haben im Lüttlicher Becken die Arbeit eingestellt und die Bewegung verbreitet sich rasch über das ganze Land. Die „unparteiische" Regierung tut ihr Möglichstes, den Generalstreik herbeizuführen. Sie ist bereits mit ihren Gendarmen und Soldaten auf dem Plan und hat auch schon über siegreiche Zusammenstöße mit den Arbeitern zu berichten.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Dokumente der Schande. Beweise für den Wert der deutschnationalen Arbeiterpartei. Zusammengestellt von Julius Deutsch. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18. 32 Seiten. Preis 12 Heller.

Der Vertrauensmann. Die Tätigkeit der Werkstattvertrauensmänner im Deutschen Holzarbeiterverband. Eine Anleitung, herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. G. m. b. H. 16 Seiten. Preis pro Exemplar 30 ₰.

Grabmalkunst. Eine Auswahl vorbildlicher Entwürfe für Reihengräber. Zugleich ein Führer durch die Grabmalkunst-Ausstellung auf dem neuen Frankfurter Friedhofe. Im Auftrag des Städtischen Friedhofamtes zu Frankfurt a. M. herausgegeben von Karl Wilde, Magistratsbaurat. Frankfurt a. M., Verlag von Franz Benjamin Auffarth. — Dieses Werk, das zu dem im Verhältnis zu seiner vorzüglichen Ausstattung sehr billigen Preise von 1 ℳ verkauft wird, enthält eine große Auswahl von schönen Abbildungen einfacher Grabmale. Die Kunstschmiede unter unseren Kollegen werden verschiedenes darin finden, was sie interessiert.

Nachtrag.

Chemnitz. Wegen Verbandszugehörigkeit wurden in der Fabrik für Webutensilien von Florentz Wwe. vier Kollegen gemaßregelt; 14 Arbeiter beschlossen darauf, am 14. Januar die Arbeit einzustellen. Zuzug von Schlossern, Stanzern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Höhr-Grenzhausen. Zuzug von Zinngießern ist wegen Lohndifferenzen streng fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 21. Januar:

Freiberg i. S. Union, halb 9 Uhr.
Hall, Schwäb. Bierkeller, 8 Uhr.
Metzingen. Kröz, zur Traube, halb 9.
M.-Gladb.-Grevenbroich. Koch, halb 9 Uhr.
Schöningen. Schröder, halb 9 Uhr.

Sonntag, 22. Januar:

Elbing. Passenheims Festsäle, 10.
M.-Gladbach (Gießercia.). Evertz, 10.
M.-Gladbach-Dülken. Rinkens, 10.
Wallau. Generalversammlung.

Mittwoch, 25. Januar:

Marienwerder. Treichel, Schäferei, 8.

Donnerstag, 26. Januar:

Iserlohn-Letmathe. Marx, 7 Uhr.

Freitag, 27. Januar:

Neumünster. Herberge, halb 9 Uhr.

Samstag, 28. Januar:

Barmen-Elberfeld (Heizungsmont. u. Helfer). Volkshaus, Elberfeld, ½9.
Bremen (Elektr.). Gewerkschaftsh., 9.
Chemnitz (Elektrom.) Nordpol, ½9.
Dortm.-Unna. Götz, Flügelstr. 8, ½9.
Glückstadt. Stadt Altona, halb 9.
Güstrow. Wiese, Grünerwinkel, ½9.
Hagen-Altenhagen. Zum Konsumverein, halb 9 Uhr.
Hagen-Eckesey. Simon, halb 9 Uhr.
Hag.-Kabel-Boele. Hoffmann, ½9.
Iserlohn (Nadler). Zander, halb 9.
Karlsruhe-Mittelstadt Fortuna ½9.
Karlsruhe-Südwest. Feldschlößchen, halb 9 Uhr.
Lippstadt. Bökenkamp, halb 9 Uhr.
Lübeck. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Merseburg. Kaiser Wilhelmshalle, ½9
Neustadt a. H. Ammersee, halb 9.
Stahlheim. Eläßer Hof, halb 9 Uhr.
Steudal-Tangerhütte. Holz, ½9.
Uerdingen. Weies, Niederstr., 9 Uhr.

Sonntag, 29. Januar:

Dortmund (Dreher). Martin, ½11.
Dortmund. (Heizungsmont. u. Helf.) Laufersiff, Auf dem Berge, 11 Uhr.
Hannover (Heizgsm.) Gewerksch., 10.
M.-Gladbach-Viersen. Hoppe, 10.
Neustadt a. H. 3 Uhr.

Dienstag, 31. Januar:

Hannover (Bauschl.) Gewerksch., ½9.

Samstag, 4. Februar:

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Ritzendergstr. 2, 1, 9 Uhr.
Dresden (Grav. u. Zisel.) Volkshaus, 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Apolda. (Former) Umschauen verboten.
Berlin (Feilenhauer). Umschauen und Anfragen nach Arbeit ist nicht gestattet. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei P. Lux, N.W., Sickingenstr. 54, Qu. 3. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends. — Auszahlung des Lokalgeschenks bei Leitow, N., Liebenwalderstraße 4. Sprechzeit von 6½ bis 8 Uhr abends.
Dortmund-Hörde. (Vertrauensmännersitzung.) Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, bei Brücher.
Hamburg, Altona, Harburg. (Feilenarbeiter.) Umschauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57. Daselbst wird auch das Feilenhauergeschenk ausbezahlt.
Ichtershausen. Das Ortsgeschenk wird nur noch mittags von 12 bis 1 Uhr bei Weiß ausbezahlt.
Leipzig. Dienstag den 14. Februar 8½ Uhr im Volkshaus, Generalversammlung.
Mülheim-Ruhr. Sämtliche Zusendungen sind an den Kollegen Joseph Gerbracht, Aktienstr. 43 zu richten.
Muskau. Lokalgeschenk wird ausbezahlt bei M. Fehmann, Keula, von 12—1 Uhr, 6—7 Uhr abends, Sonntags von 12—1 Uhr.
Nürnberg. Der paritätische Arbeitsnachweis der Graveure und Ziseleure von Nürnberg-Fürth befindet sich im Verbandsbureau, Hintere Karthäusergasse 14.
Stuttgart. Generalversammlung, Sonntag, 19. Februar, vormittags 9 Uhr, im Schwabenbräu Cannstatt. Anträge, die zur Behandlung kommen sollen, müssen bis zum 29. Jan. an die Verwaltung eingereicht sein. Tagesordnung und Anträge werden in den Lokalen Mitteilungen bekanntgemacht.
Zerbst. Der Bevollmächtigte Aug. Striebing wohnt Dessauerstraße 32c, 1.

Gestorben.

Aachen. Leonard de Serno, Nadler, 50 Jahre, Zuckerkrankheit.
Breslau. Joseph Wuttke, Hilfsarbeiter, Lungenleiden.
— Joseph Becke, Schlosser, Tuberkulose.
— Karl Ibsch, Arbeiter, Herzschwäche.
— Bruno Steffens, Schlosser, Lungenleiden.
— Friedr. Sykulla, Schlosser, Tuberkulose.
— Joseph Wirbitz, Rohrleger, Kehlkopfleiden.
Hanau. Philipp Kahmer, Kettenmacher, 19 Jahre, Lungenleiden.
Mügeln. Reinhold Graf, Schlosser, 26 Jahre, Zuckerkrankheit.
— Oskar Schreiber, Schlosser, 24 J., Gehirnkrampf.
Pforzheim. Otto Walter, Kettenmacher, 25 Jahre, Lungenleiden (19).
— Karl Fischer, Goldarbeiter, 33 J., Rippenfellentzündung (20).

Privat-Anzeigen.

Wir suchen

zum sofortigen Eintritt ca. 15 bis 20 möglichst verheiratete Feinmechaniker für Spreizen- und Räderverschluss-Montage. Dauernde Beschäftigung, gute Bezahlung. Angebote erbitten [153
Nettel Camerawerk, G. m. b. H., Sontheim a. Neckar.

2—3 Kesselschmiede, sowie mehrere **Schwarzblecharbeiter** finden dauernde gutbezahlte Beschäftigung bei **Gustav Kuntze, Göppingen.** [150

[152] In einer Klagesache wird um Angabe der Adresse des **Formers Alexander Schlegel**, geb. in Chemnitz, bis Februar 1910 in Sangerhausen aufhältig, gebeten. **Franz Otto, Landsberg a. W.**, Angerstr. 37.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.